

AGENTURVERTRAG

zwischen

Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch den Direktor bei der Hamburgischen Bürgerschaft, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

„FHH“,

und

Agentur fischerAppelt AG, vertreten durch den Vorstand, Waterloohein 5, 22769 Hamburg

„Agentur“

Präambel

Die FHH plant eine Informations- und Motivationskampagne zu den Wahlen am 9. Juni 2024 (Bezirksversammlungen & Europäisches Parlament) sowie im Frühjahr 2025 (Hamburgische Bürgerschaft), die zum Ziel hat, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und die Bürger:innen zu motivieren, ihr Wahlrecht wahrzunehmen. In diese Kampagne sollen wichtige Akteur:innen der FHH einbezogen werden.

Hierfür hat die FHH ein europaweites Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Die Agentur hat bei dieser Ausschreibung das wirtschaftlichste Angebot abgegeben und erhält mit diesem Vertrag den Auftrag.

§ 1 Vertragsgegenstand/Vertragsbestandteile/Geltungshierarchie

- (1) Die FHH beauftragt die Agentur mit Beratungs-, Kreativ-, Ausführungs- und Umsetzungsleistungen im Bereich Kommunikation.
- (2) Bestandteile des Vertrages sind die folgenden Dokumente:
 - Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**)
 - VOL/B (**Anlage 2**)
 - ZVB der FHH (**Anlage 3**)

- Finales Angebot der Agentur (**Anlage 4**)
- Versicherungserklärung(en) (**Anlage 5**)

(3) Bei Widersprüchen geht dieser Vertrag vor. Im Übrigen gelten die oben genannten Dokumente in der dortigen Reihenfolge. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Agentur sind ausgeschlossen.

§ 2 Leistungen der Agentur

- (1) Die Agentur übernimmt die Entwicklung, Durchführung, Überwachung und Kontrolle der Kommunikationskampagne und des Partnerschaftskonzepts und aller in diesem Zusammenhang notwendigen Kommunikations-Maßnahmen einschließlich aller dafür notwendigen Planungs-, Konzeptions-, Beratungs-, Kreativ-, Ausführungs- und Umsetzungsleistungen. Die Leistungen umfassen alle typischen Agenturleistungen (wie z.B. Strategie, Konzeption, Kund:innenbetreuung und -beratung, Ideenentwicklung, Texterstellung, grafische Arbeiten aller Art, Projektmanagement, Qualitätskontrolle, Reinzeichnungserstellung, Auswahl und Steuerung von Dritten, Produktionsmanagement (Print, FFF, Online etc.), Dokumentation, Buchhaltung etc.) in mindestens folgenden Kommunikationsdisziplinen: Werbung, Design, Öffentlichkeitsarbeit und PR, Soziale Medien, Promotion & Event, sowie in weiteren Kommunikationskanälen, welche sich aus den Vergabeunterlagen ergeben, einschließlich Mediaplanung und -einkauf („**Eigenleistungen**“).
- (2) Eigenleistungen können auch durch von der Agentur beauftragte Dritte ausgeführt werden. Sie bleiben in diesem Fall „Eigenleistungen“ im Sinne des Vertrages.
- (3) Eigenleistungen sind Teil des Honorars gem. § 5.
- (4) Die Leistungspflichten der Agentur ergeben sich im Einzelnen aus der Leistungsbeschreibung in **Anlage 1** sowie dem finalen Angebot der Agentur in **Anlage 4**.

§ 3 Agenturteam

- (1) Für die Erbringung der beauftragten Leistungen verpflichtet sich die Agentur zum Einsatz des Kernteams gem. **Anlage 4**.
- (2) Personelle Änderungen der Hauptansprechpartner:innen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FHH, die nur aus wichtigem Grund verweigert werden darf.
- (3) Für Einarbeitungszeit neuer Teammitglieder ist keine Vergütung geschuldet.

§ 4 Leistungsänderungen

- (1) Die FHH ist berechtigt, den Leistungsumfang zu erweitern, zu verändern oder zu reduzieren.
- (2) Reduziert sich der Leistungsumfang, so reduziert sich das Honorar sowie das Gesamtbudget entsprechend. Eine Kompensation ist nicht geschuldet.
- (3) Bei Erweiterungs- und Veränderungswünschen der FHH wird die Agentur ein angepasstes Honorarangebot auf der Grundlage der vereinbarten Aufwandssätze vorlegen. Die Ausführung darf erst nach schriftlicher Beauftragung erfolgen.

§ 5 Honorar

- (1) Für alle Eigenleistungen erhält die Agentur das Pauschalhonorar gem. Angebot (**Anlage 4**) („**Honorar**“).
- (2) Mit dem Honorar sind sämtliche Eigenleistungen und die Leistungen der im Angebot angegebenen oder später eingefügten Unterauftragnehmer abgegolten.
- (3) Weitere Vergütungen für Eigenleistungen sind hiermit ausdrücklich ausgeschlossen. § 4 bleibt unberührt.
- (4) Das Honorar versteht sich einschließlich der Vergütung für die Einräumung der vertragsgegenständlichen Nutzungsrechte an den Arbeitsergebnissen der Agentur und ihrer Nachunternehmen.
- (5) Kosten der Bürokommunikation wie Porto, Telefon, E-Mails, ISDN-Übertragungen, technische Kosten zur Sichtbarmachung der vorzustellenden Arbeiten inklusive Ausdrucken, Farbkopien, Erstellung von Datenträgern und Reisekosten sind mit dem Honorar abgedeckt.

§ 6 Gesamtbudget/Fremdleistungen

- (1) Die Agentur gewährleistet die Einhaltung des vereinbarten Gesamtbudgets gem. Leistungsbeschreibung. Dies gilt vorbehaltlich von Änderungen, die von der FHH angeordnet werden.
- (2) Das Gesamtbudget kann durch die Akquisition von Sponsor:innen erweitert werden. Verträge mit Sponsor:innen sind mit der FHH zu schließen.
- (3) Für Aufträge außerhalb des Honorars vergibt die Agentur nach Zustimmung der FHH Aufträge an Dritte („**Fremdleistungen**“) im eigenen Namen und überwacht diese.

Fremdleistungen sind z.B. Lithoarbeiten, Schaltkosten in Medien, Druck, Fotoshootings, Filmproduktion, Produktionen und Produktionskosten aller Art, Programmierungskosten, Nutzungsrechte und Buyouts sowie alle Abgaben wie z.B. GEMA und Künstlersozialabgaben. Die Agentur ist dafür verantwortlich, dass durch Fremdleistungen das Gesamtbudget nicht überschritten wird, es sei denn, die FHH ordnet dies an.


- (4) Fremdleistungen werden nach Genehmigung durch die FHH bis zur Höhe des Gesamtbudgets separat vergütet.
- (5) Alle Ausgaben für Fremdleistungen in Höhe von mehr als 10.000 Euro netto (inkl. MwSt.) bedürfen zusätzlich einer vorherigen schriftlichen Freigabe durch die FHH. Ohne eine solche Freigabe dürfen die Arbeiten nicht begonnen werden. Andernfalls sind diese Kosten von der Agentur zu tragen.
- (6) Eine Überschreitung der Kostenvoranschläge für angebotene Fremdleistungen ist ohne Genehmigung der FHH grundsätzlich nicht zulässig.
- (7) Gesetzlich vorgeschriebene Abgaben an die Künstlersozialversicherung für künstlerische Fremdleistungen, GEMA- und sonstige unumgängliche Gebühren sowie z.B. Zollkosten müssen von der Agentur als Teil des Gesamtbudgets einkalkuliert und bezahlt werden.

§ 7 Meistbegünstigung/Unterauftragnemervorbehalt/Kickback-Verbot

- (1) Die Agentur räumt der FHH die günstigsten Einkaufs-Konditionen bei Dritten ein (z.B. bei Lieferant:innen für Litho, Druck, Filmproduktion, bei Media-Einkauf und Abwicklung), wie sie mit ihren anderen Agentur-Kund:innen bereits bestehen oder wie sie sich im Laufe des Vertragsverhältnisses durch Abschlüsse von Sonderkonditionen ergeben.
- (2) Die Zahlungen an Dritte erfolgen unter Inanspruchnahme möglicher Skonti.
- (3) Die Agentur darf keine Provisionen auf Fremdleistungen wie z.B. Medialeistungen berechnen.
- (4) Unterbeauftragungen bedürfen vorbehaltlich der Bagatellschwelle von EUR 10.000 der Zustimmung der FHH, die nur aus sachlichen Gründen verweigert werden darf. Bereits im Angebot benannte Unterauftragnehmer:innen sind genehmigt.
- (5) Die Agentur versichert, alle im Rahmen dieser Projekte entstehenden Rabatte, Zusatzleistungen oder sonstigen Vergünstigungen ohne Einbehalt an die FHH weiterzugeben. Insbesondere versichert die Agentur, keinerlei Rückvergütungen (sogenannte „Kickbacks“) oder sonstige Zusatzvergütungen von Lieferant:innen oder Partner:innen zu erhalten und einzubehalten, die im Zusammenhang mit Leistungen für die

FHH im Rahmen dieses Vertrages stehen. Alle nachträglichen Rabatte oder Rückvergütungen werden zugunsten der FHH verrechnet. Die Agentur berechnet der FHH die vorauslagten Fremdkosten monatlich zum Nachweis, maximal bis zur Höhe der von der FHH freigegebenen Gesamtsumme. Etwaige Mehrkosten trägt die Agentur. Eine Verletzung dieser Regelung berechtigt die FHH zur Einforderung der entsprechenden Rückvergütungen.

§ 8 Zahlung

- (1) Die Agentur erhält das Honorar aufgeteilt in 15 gleichen monatlichen Zahlungen im Zeitraum Februar 2024 bis April 2025, zahlbar am Ende eines Monats nach Stellung einer ordnungsgemäßen Rechnung.
- (2) Die letzte Teilzahlung erhält die Agentur jedoch erst, wenn sie bis zu diesem Zeitpunkt ihre Arbeiten abgeschlossen, der FHH eine ordentliche und prüffähige Dokumentation der gesamten Kampagne, aller Ausgaben und Belege in zweifacher Ausfertigung übergeben und die FHH diese geprüft und schriftlich abgenommen hat.
- (3) Ausdrücklich nicht enthalten in der letzten Teilzahlung sind unverbrauchte Gelder, in der Kalkulation als „Reserve“ gekennzeichnet, sofern sie nicht als Agentur-Honorar verbraucht wurden.
- (4) Rechnungen sind nach den Vorgaben der FHH elektronisch zu übermitteln und zu adressieren an:
Hamburgische Bürgerschaft
Bürgerschaftskanzlei

Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
- (5) Es ist von der Agentur eine laufend aktualisierte Übersicht der Fremdkosten zu führen – für die FHH transparent und prüffähig. Diese ist zum jeweiligen Monatsende in der dann aktuellen Fassung unaufgefordert der FHH zuzusenden und abzurechnen.
- (6) Für alle Rechnungen der Agentur gilt als Zahlungsziel 30 Tage netto nach Erhalt einer ordentlichen und prüffähigen Rechnung.

§ 9 Haftung

- (1) Die Agentur haftet für Schäden, die durch Mängel, Verzug oder Nichterfüllung ihrer Verpflichtung entstehen. Die Schadensersatzpflicht umfasst insbesondere,

aber nicht ausschließlich, die Kosten für eine neue Konzeption, Planung und Herstellung der Werbeleistung.

- (2) Die Agentur wird die FHH rechtzeitig, schriftlich auf für einen ordentlichen Werbekaufmann erkennbare gewichtige Risiken hinweisen, die der Durchführbarkeit der Kommunikationskampagne im Wege stehen und in Abstimmung mit der FHH nach Weisung der FHH verfahren. Hat die Agentur auf etwaige Risiken hingewiesen liegt das Risiko bei der FHH.
- (3) Die Agentur verpflichtet sich, die ihr übertragenen Arbeiten mit fachlicher und kaufmännischer Sorgfalt nach bestem Wissen und unter Beachtung der allgemein anerkannten Grundsätze des Werbewesens durchzuführen. Die Agentur wird die FHH rechtzeitig, mindestens jedoch zehn Werktage vor Durchführung einer geplanten Werbemittelherstellung, schriftlich auf für einen ordentlichen Werbekaufmann erkennbare gewichtige Risiken hinweisen.

§ 10 Zusammenarbeit

- (1) Mindestens wöchentlich in den Monaten Februar 2024 bis einschließlich März 2025, treffen sich die zentralen Ansprechpartner:innen und jeweils zuständigen Teams von der FHH und Agentur zu einem Jour Fixe (Status- und Arbeits- Gespräch). Im Rahmen dieser Treffen, welche i.d.R. in den Räumen der FHH stattfinden, wird die Agentur der FHH schriftlich einen vollständigen Überblick über die laufenden und in Planung befindlichen Projekte sowie einen Überblick aller entsprechenden Kosten präsentieren. Die weiteren Inhalte eines Jour Fixes werden vorher gemeinsam zwischen der FHH und der Agentur festgelegt. Die Agentur wird dafür Sorge tragen, dass zu einem Jour Fixe alle notwendigen Personen der Agentur oder etwaiger Partner:innen anwesend sind.
- (2) Die Agentur fertigt innerhalb von maximal zwei Werktagen fortlaufend nummerierte Protokolle von jeder Besprechung zwischen der FHH und der Agentur an. Die Protokolle sind umgehend per E-Mail an die von der FHH benannten Ansprechpartner:innen zu versenden. Der Inhalt der Protokolle ist für beide Parteien verbindlich, falls die FHH nicht zeitnah nach Zugang der Protokolle widerspricht
- (3) Der Agentur ist es nach schriftlicher Zustimmung der FHH gestattet, die FHH als Referenz zu nennen und ihre Arbeitsergebnisse oder Ausschnitte daraus zum Zwecke der Eigenwerbung nach Beendigung des Vertrages unentgeltlich zu nutzen.

§ 11 Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

- (1) Die Agentur wird nach Beendigung des Projekts spätestens jedoch zum 01.04.2025, eine vollständige und prüffähige Dokumentation des gesamten Projektes erstellen. Dazu gehören neben der inhaltlichen Zusammenfassung der Kampagne, aller Maßnahmen und der erreichten Ergebnisse eine vollständige und prüffähige kaufmännische Dokumentation der verwendeten Mittel und aller zugehörigen Angebote, Vergleichsangebote, Aufträge und Abrechnungen. Die Aufbereitung muss so erfolgen, dass sie den üblichen Anforderungen von Wirtschaftsprüfern und Rechnungshöfen entspricht.
- (2) Zusätzlich bewahrt die Agentur alle für die FHH hergestellten Unterlagen, wie z. B. Berichte, Druckunterlagen, Zeichnungen und Belegexemplare von Medien, für den Zeitraum von zwei Jahren sachgemäß auf. Die Agentur sorgt dafür, dass Dritte keinen Zugriff auf die Daten haben. Sollte die Agentur Unterauftragnehmer:innen einsetzen, so wird sie von diesen alle Unterlagen und Daten übernehmen.
- (3) Nach Ablauf der jeweiligen Frist und / oder bei Vertragsende werden die Unterlagen sowie sämtliche im Rahmen der Auftragsausführung bei ihr entstandenen Kontaktdaten Dritter der FHH vollständig und kostenfrei übermittelt. Die FHH kann auch vor Ablauf der Frist die Herausgabe von Unterlagen verlangen.
- (4) Die den Unterlagen zu Grunde liegenden, von der Agentur erarbeiteten, digitalen Daten werden von der Agentur jeweils nach Abschluss der Arbeiten archiviert.
- (5) Alle vertragsgegenständlichen Daten sind Eigentum der FHH und werden auf Verlangen zusammengestellt und auf einen geeigneten Datenträger transferiert. Der damit in Zusammenhang stehende Aufwand für die Agentur ist mit dem Agenturhonorar abgegolten. Nutzungsrechtliche Aspekte werden durch die Aufbewahrung oder Herausgabe nicht berührt.

§ 12 Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts

Streitigkeiten zwischen den Parteien vor Ende der Vertragslaufzeit berechtigen die Agentur nicht zur Zurückbehaltung ihrer Leistungspflichten.

§ 13 Audit und Qualitätskontrolle

Die Agentur erklärt sich ausdrücklich einverstanden, jederzeit in ihren Räumlichkeiten bzw. den Räumlichkeiten ihrer Partneragenturen nach vorheriger Aufforderung durch die FHH werktags ein Audit oder eine sonstige Überprüfung der die FHH betreffenden Vorgänge und

Unterlagen und der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung durch benannte Dritte durchführen zu lassen. Hierzu wird die Agentur der FHH bzw. den durch die FHH beauftragten Dritten Einsicht in bzw. Kopien von sämtlichen Unterlagen und Informationen gewähren, die in irgendeiner Form im Zusammenhang mit der vertragsgegenständlichen Leistung stehen oder nach Auffassung der FHH stehen könnten. Der im Rahmen des Audits bzw. der Überprüfung entstehende Aufwand (z.B. Bereitstellung von prüffähigen Unterlagen, Auskünfte bei Rückfragen, Erläuterungen) ist ebenfalls mit dem Honorar an die Agentur abgegolten.

§ 14 Konkurrenzschutz / Exklusivität

- (1) Die Agentur verpflichtet sich, während der Dauer des Projekts mit der FHH für keine Partei oder politisch motivierte Institution beratend tätig zu werden oder ausführend mit Kommunikationsmaßnahmen betraut zu sein oder solche Aufgaben anzunehmen, die im Zusammenhang mit den Wahlen im Juni 2024 oder Frühjahr 2025 in Hamburg stehen (ausgeschlossen hiervon sind Aufgaben der Produktion oder Distribution).
- (2) Falls die Agentur im Einzelfall Zweifel hat, ob es sich um eine für die FHH als relevant angesehene Konkurrenz handelt, hat sie dies der FHH vor der Annahme eines entsprechenden Auftrags anzuzeigen. Einem darauf erfolgenden unverzüglichen Widerspruch der FHH muss die Agentur folgen. Sie ist dann nicht berechtigt, den konkurrierenden Auftrag anzunehmen. Dieser Konkurrenzschutz beginnt mit Erteilung des Zuschlags an die Agentur und ist wirksam bis drei Monate nach Beendigung des Vertrages.
- (3) Die Agentur stellt sicher, dass auch mit ihr verbundene Unternehmen / Agenturen i.S.d. § 15 AktG sowie ihre Unterauftragnehmer:innen keine Aktivitäten gem. Absatz 1 entfalten. Für die Unterauftragnehmer:innen, für die die Agentur keine rechtsverbindlichen Vereinbarungen treffen bzw. Erklärungen abgeben kann, hat die Agentur von diesen die entsprechenden Versicherungen eingeholt (siehe **Anlage 5**).
- (4) Die FHH behält sich vor, im Zusammenhang mit den Wahlen im Juni 2024 und Frühjahr 2025 weitere Aufträge über Kommunikationsleistungen an Dritte zu vergeben.

§ 15 Verschwiegenheit / Geheimhaltung / Datenschutz

- (1) Die Agentur verpflichtet sich, über alle Geschäftsvorfälle, Daten, Strategien und sonstige Fakten Verschwiegenheit gegenüber Dritten zu wahren. Dies gilt auch

für zur Verfügung gestellte oder in der Zusammenarbeit entstandene Unterlagen. Die Agentur verpflichtet ihre Mitarbeiter:innen und Nachunternehmer oder der Bietergemeinschaft ebenfalls zu dieser Verschwiegenheit. Alle Aussagen der Agentur gegenüber Dritten, insbesondere der Presse, in der Eigenwerbung oder in Vorträgen, über Art und Inhalt der Zusammenarbeit sowie deren Ziele, Aufgaben und Ergebnisse bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Pressesprecherin der Hamburgischen Bürgerschaft.

- (2) Die Agentur ist verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 5 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und das Sozialgeheimnis nach § 35 Sozialgesetzbuch I (SGB I), einzuhalten.
- (3) Die Geheimhaltungspflicht währt zwei Jahre über die Vertragsdauer hinaus. Für die Agenturen, Partner:innen und Dritte, für die die Agentur keine rechtsverbindliche Vereinbarungen treffen bzw. Erklärungen abgeben kann, hat die Agentur von diesen die entsprechenden Versicherungen eingeholt (siehe **Anlage 5**).

§ 16 Nutzungsrechte

- (1) Die Agentur räumt der FHH zum Zeitpunkt ihres Entstehens, spätestens ihres Erwerbs, alle übertragbaren Rechte, insbesondere die urheberrechtlichen Nutzungsrechte, Markenrechte und Namensrechte zur Verwertung der unter diesem Vertrag und den jeweiligen Auftragsschreiben erbrachten Leistungen einschließlich aller Rechtspositionen an Ideen, Entwürfen und Gestaltungen frei von Rechten Dritter zur exklusiven, räumlich, inhaltlich und sachlich unbeschränkten und umfassenden Verwertung in allen derzeit bekannten und zukünftig bekannt werden den Medien und Nutzungsarten ein. Hierzu gehören insbesondere, aber nicht ausschließlich, das Vervielfältigungs-, Verbreitungs-, Ausstellungs-, Vortrags-, Aufführungs- und Vorführrecht, das Senderecht, das Recht zur Wiedergabe durch Bild- und/oder Tonträger analog und/oder digital, das Recht der Wiedergabe von Funksendungen analog und/oder digital sowie das Online-Recht.
- (2) Zieht die Agentur zur Vertragserfüllung Dritte heran, wird sie deren Urhebernutzungsrechte für die FHH zeitlich, örtlich, nach Verwendungszweck und in jeder anderen Weise unbeschränkt erwerben und im gleichen Umfang auf die FHH übertragen. Die FHH ist berechtigt, Einsicht in die mit Dritten geschlossenen Verträge, die zur Erfüllung dieses Vertrags und der Auftragserteilungen nötig sind, zu nehmen.

- (3) Die Agentur wird die FHH jeweils vorher über etwaige Beschränkungen der Urheberrechtsrechte informieren. Auf bestehende GEMA-Rechte oder solche anderer Verwertungsgesellschaften wird die Agentur hinweisen.
- (4) Die Agentur wird die im Rahmen dieses Vertrages und der Auftragserteilung an die FHH gewährten Leistungen, insbesondere sämtliche Ideen, Entwürfe und Gestaltungen nicht in gleicher oder abgeänderter Form für andere Auftraggeber verwenden.
- (5) Die FHH ist zur unbeschränkten Übertragung der eingeräumten Rechte auf Dritte berechtigt; eine Verpflichtung zur Auswertung des Werbematerials besteht nicht.

§ 17 Laufzeit/Kündigung/Vertragsbeendigung

- (1) Dieser Vertrag beginnt mit dem Zuschlag und endet zum 31.05.2025.
- (2) Die FHH ist jederzeit berechtigt, den Vertrag ohne Angabe von Gründen zu beenden.
- (3) Die Agentur darf den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen.
- (4) Die Agentur verpflichtet sich, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, die von ihr für die FHH konzipierten und veröffentlichten Leistungen nicht noch einmal zu verwenden. Die FHH erklärt sich bereit, nach Beendigung des Vertrages, alle Verpflichtungen zu erfüllen, welche die Agentur gegenüber Dritten gemäß diesem Vertrag für die FHH eingegangen ist, sofern diese ordnungsgemäß von der FHH (schriftlich) abgefordert wurden.
- (5) Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses zahlt die FHH die bis zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung fälligen monatlichen Abschlagszahlungen einschließlich des Monats, in dem die Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt. Alle bis dahin von der Agentur erbrachten Leistungen dürfen von der FHH für die Kommunikationskampagne weiter genutzt werden.
- (6) Kündigt die Agentur aus wichtigem Grund, so ist die FHH verpflichtet, der Agentur die Kosten und Honorare zu erstatten, die nachweislich bis zum Zeitpunkt der Kündigung angefallen sind und denen die FHH schriftlich zugestimmt hat. Eine Zahlungspflicht der FHH nach Ausspruch der Kündigung entfällt. Die bis dahin geleisteten Dienste der Agentur sind anteilig abzurechnen, es sei denn, dass die bis zum Zeitpunkt der Kündigung geleisteten Dienste der Agentur für die FHH nicht verwertbar sind.

§ 18 Schlussbestimmungen

1. Vorbereitung:
Die Agentur erarbeitet auf Basis des eigenen Informationsmaterials, der von der Kundin zur Verfügung gestellten Unterlagen, sowie durch eigene Recherchen in sonstigen öffentlich zugänglichen und kostenfrei erhältlichen Quellen oder durch Recherchen im Internet, die für die Vorbereitung der Aufgaben dieses Vertrages notwendig erscheinenden Analysen über die Wahl, das Wahlverhalten, die Wählerinnen und Wähler und einzelnen Wählergruppen, sowie die sinnvollen und effizienten Kommunikationsmöglichkeiten.
2. Strategie und Beratung:
Die Agentur berät die Kundin im Rahmen der Aufgabe und Zielsetzung in allen Belangen eines strategischen, konzeptionellen und kreativen Gesamtkonzepts sowie einer entsprechenden integrierten Kommunikation.
3. Einzelmaßnahmen:
Die Agentur entwickelt alle Einzelmaßnahmen. Sollte die Entwicklung gemeinsam mit Nachunternehmern gemäß Anlage 1 dieses Vertrages erfolgen, so erstellt die Agentur alle notwendigen Briefings und stellt eine sinnvolle Verzahnung aller Maßnahmen und Abläufe sicher.
4. Partnerschaftskonzept:
Die Agentur entwickelt Projekte im Rahmen des Partnerschaftskonzeptes und definiert, welche Leistungen von den Partner:innen erbracht werden und welche Leistungen für die Konzeption und Umsetzung von Partnerschaftsaktionen von der Agentur erbracht werden. Die Agentur erstellt hierfür alle notwendigen Briefings und stellt eine sinnvolle Verzahnung aller Maßnahmen und Abläufe sicher.
5. Kreatives Gesamtkonzept und Gestaltung:
Für die gesamte Kampagne und alle Einzelmaßnahmen übernimmt die Agentur die Entwicklung und Umsetzung aller kreativen Arbeiten inkl. der gesamten textlichen und grafischen Ausgestaltung bis zur Produktionsreife und inkl. aller notwendigen Optimierungen, Änderungen und Autorenkorrekturen. Inhaltliche Basis sind die Vergabeunterlagen. Die Umsetzung der Kommunikationskampagne beinhaltet u.a. folgende Werbemaßnahmen, Werbemittel und Ausgestaltungen:

die Entwicklung und Visualisierung von kreativen Leitideen und -aussagen (inkl. Key Visuals, Key-Lines, Key-Motti, Bilderwelten, Streuartikel und Give Aways etc.),

die Gestaltung audiovisueller Medien-Formate (Online, TV, Kino, Funk, inkl. Sonderformate etc.) bis zur Sendereife inkl. Treatments, Storyboards etc. sowie Gestaltung von Musik und Videomaßnahmen einschließlich aller notwendigen Vor- und

Nachbereitungen, wobei Kosten für Regie und Produktion dabei als Fremdleistungen gelten, die nicht von der Vergütung der Agentur erfasst sind.

die Gestaltung von Printwerbung (Zeitung, Zeitschriften, Plakate, inkl. Sonderformate etc.) einschließlich Text, Fotos und Gestaltung von Druckvorlagen bis zur elektronischen Reinzeichnung,

die Erstellung von allen Pressemeldungsentwürfe und Materialien, Text und Gestaltung aller Online-, Social Media-, Mobile Marketing- sowie sonstigen digitalen Maßnahmen bis zur Programmierung.

6. Planung, Koordination, Steuerung und Verwaltung

Die Agentur ist der FHH gegenüber für die gesamte Kampagne verantwortlich und kontrolliert laufend die Einhaltung des Gesamtetats. Sie erarbeitet zu gegebenen und / oder vereinbarten Zeitpunkten alle für die Realisierung der Kampagne und aller einzelnen Kommunikationsmaßnahmen und des Partnerschaftskonzeptes notwendigen Zeit-, Maßnahmen- und Kostenpläne, koordiniert und terminiert alle im Rahmen dieses Vertrages notwendigen Maßnahmen und sorgt für geeignete Abläufe in der Agentur und im Austausch mit der Kundin einschließlich Informationsaustausch, Abstimmungsgesprächen, Präsentationen und Briefings.

Außerdem erstellt und aktualisiert die Agentur wöchentlich eine Übersicht über alle laufenden oder in Planung befindlichen Aktivitäten inkl. Partnerschaftskonzept einschließlich der angefallenen und zu erwartenden Ausgaben in Form einer Projektliste, nach seitens der Kundin noch festzulegenden Standards. Die Projektlisten und deren Inhalte und Fristen sind Leistungen der Agentur im Sinne dieses Vertrages und werden Bestandteil dieses Vertrages.

7. Produktionssteuerung, Koordinierung und Beauftragung von Fremdleistungen

Die Agentur koordiniert alle Leistungen von und mit Dritten innerhalb des Gesamtbudgets.

8. Media-Planung und -Überwachung

Die Agentur übernimmt die Beschaffung sämtlicher Medialeistungen. Diese umfassen die Media-Analyse, Media-Strategie, Media-Beratung und Media-Planung sowie den Media-Einkauf, die Media- Abwicklung und das Media-Reporting.

VOL Teil B**Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen
(VOL/B)**

- Ausgabe 2003 -

vom 5. August 2003 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 178 a vom 23. September 2003)

Präambel.....	2
§ 1 Art und Umfang der Leistungen	2
§ 2 Änderungen der Leistung.....	2
§ 3 Ausführungsunterlagen.....	3
§ 4 Ausführung der Leistung.....	3
§ 5 Behinderung und Unterbrechung der Leistung	4
§ 6 Art der Anlieferung und Versand.....	4
§ 7 Pflichtverletzungen des Auftragnehmers	4
§ 8 Lösung des Vertrags durch den Auftraggeber	5
§ 9 Verzug des Auftraggebers, Lösung des Vertrags durch den Auftragnehmer	6
§ 10 Obhutspflichten	6
§ 11 Vertragsstrafe	6
§ 12 Güteprüfung	7
§ 13 Abnahme.....	8
§ 14 Mängelansprüche und Verjährung.....	8
§ 15 Rechnung.....	10
§ 16 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen	10
§ 17 Zahlung	10
§ 18 Sicherheitsleistung	11
§ 19 Streitigkeiten	12

Präambel

Die nachstehenden Allgemeinen Vertragsbedingungen sind bestimmt für Verträge über Leistungen, insbesondere für Dienst-, Kauf- und Werkverträge sowie für Verträge über die Lieferung herzustellender oder zu erzeugender beweglicher Sachen.

§ 1 Art und Umfang der Leistungen

1. Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch den Vertrag bestimmt.
2. Bei Widersprüchen im Vertrag gelten nacheinander
 - a) die Leistungsbeschreibung
 - b) Besondere Vertragsbedingungen
 - c) etwaige Ergänzende Vertragsbedingungen
 - d) etwaige Zusätzliche Vertragsbedingungen
 - e) etwaige allgemeine Technische Vertragsbedingungen
 - f) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

§ 2 Änderungen der Leistung

1. Der Auftraggeber kann nachträglich Änderungen in der Beschaffenheit der Leistung im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar.
2. Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen die Leistungsänderung, so hat er sie dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Teilt der Auftraggeber die Bedenken des Auftragnehmers nicht, so bleibt er für seine Angaben und Anordnungen verantwortlich. Zu einer gutachtlichen Äußerung ist der Auftragnehmer nur aufgrund eines gesonderten Auftrags verpflichtet.
3. Werden durch Änderung in der Beschaffenheit der Leistung die Grundlagen des Preises für die im Vertrag vorgesehene Leistung geändert, so ist ein neuer Preis unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten zu vereinbaren. In der Vereinbarung sind etwaige Auswirkungen der Leistungsänderung auf sonstige Vertragsbedingungen, insbesondere auf Ausführungsfristen, zu berücksichtigen. Diese Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen.
4. (1) Leistungen, die der Auftragnehmer ohne Auftrag oder unter eigenmächtiger Abweichung vom Vertrag ausführt, werden nicht vergütet. Solche Leistungen hat er auf Verlangen innerhalb einer angemessenen Frist zurückzunehmen oder zu beseitigen, sonst können sie auf seine Kosten und Gefahr zurückgesandt oder beseitigt werden. Eine

Vergütung steht ihm jedoch zu, wenn der Auftraggeber solche Leistungen nachträglich annimmt.

- (2) Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 3

Ausführungsunterlagen

1. Die für die Ausführung erforderlichen Unterlagen sind dem Auftragnehmer unentgeltlich und rechtzeitig zu übergeben, soweit sie nicht allgemein zugänglich sind.
2. Die von den Vertragsparteien einander überlassenen Unterlagen dürfen ohne Zustimmung des Vertragspartners weder veröffentlicht, vervielfältigt noch für einen anderen als den vereinbarten Zweck genutzt werden. Sie sind, soweit nichts anderes vereinbart ist, auf Verlangen zurückzugeben.

§ 4

Ausführung der Leistung

1. (1) Der Auftragnehmer hat die Leistung unter eigener Verantwortung nach dem Vertrag auszuführen. Dabei hat er die Handelsbräuche, die anerkannten Regeln der Technik sowie die gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Bestimmungen zu beachten.
(2) Der Auftragnehmer ist für die Erfüllung der gesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Arbeitnehmern allein verantwortlich. Es ist ausschließlich seine Aufgabe, die Vereinbarungen und Maßnahmen zu treffen, die sein Verhältnis zu seinen Arbeitnehmern regeln.
2. (1) Ist mit dem Auftraggeber vereinbart, dass er sich von der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung unterrichten kann, so ist ihm innerhalb der Geschäfts- oder Betriebsstunden zu den Arbeitsplätzen, Werkstätten und Lagerräumen, in denen die Gegenstände der Leistung oder Teile von ihr hergestellt oder die hierfür bestimmten Stoffe gelagert werden, Zutritt zu gewähren. Auf Wunsch sind ihm die zur Unterrichtung erforderlichen Unterlagen zur Einsicht vorzulegen und die entsprechenden Auskünfte zu erteilen.
(2) Dabei hat der Auftraggeber keinen Anspruch auf Preisgabe von Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnissen des Auftragnehmers.
(3) Alle bei der Besichtigung oder aus den Unterlagen und der sonstigen Unterrichtung erworbenen Kenntnisse von Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnissen sind vertraulich zu behandeln. Bei Missbrauch haftet der Auftraggeber.
3. Für die Qualität der Zulieferungen des Auftraggebers sowie für die von ihm vereinbarten Leistungen anderer haftet der Auftraggeber, soweit nichts anderes vereinbart ist. Der Auftragnehmer hat die Pflicht, dem Auftraggeber die bei Anwendung der verkehrsüblichen Sorgfalt erkennbaren Mängel der Zulieferungen des Auftraggebers und der vom Auftraggeber vereinbarten Leistungen anderer unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Unterlässt er dies, so übernimmt er damit die Haftung.

4. Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung oder wesentlicher Teile davon nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers an andere übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist. Diese Bestimmung darf nicht zum Nachteil des Handels ausgelegt werden.

§ 5

Behinderung und Unterbrechung der Leistung

1. Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige kann unterbleiben, wenn die Tatsachen und deren hindernde Wirkung offenkundig sind.
2. (1) Die Ausführungsfristen sind angemessen zu verlängern, wenn die Behinderung im Betrieb des Auftragnehmers durch höhere Gewalt, andere vom Auftragnehmer nicht zu vertretende Umstände, Streik oder durch rechtlich zulässige Aussperrung verursacht worden ist. Gleiches gilt für solche Behinderungen von Unterauftragnehmern und Zulieferern, soweit und solange der Auftragnehmer tatsächlich oder rechtlich gehindert ist, Ersatzbeschaffungen vorzunehmen.

(2) Falls nichts anderes vereinbart ist, sind die Parteien, wenn eine nach Absatz 1 vom Auftragnehmer nicht zu vertretende Behinderung länger als drei Monate seit Zugang der Mitteilung gemäß Nr. 1 Satz 1 oder Eintritt des offenkundigen Ereignisses gemäß Nr. 1 Satz 2 dauert, binnen 30 Tagen nach Ablauf dieser Zeit durch schriftliche Erklärung den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen oder ganz oder teilweise von ihm zurückzutreten.
3. Sobald die hindernden Umstände wegfallen, hat der Auftragnehmer unter schriftlicher Mitteilung an den Auftraggeber die Ausführung der Leistung unverzüglich wieder aufzunehmen.

§ 6

Art der Anlieferung und Versand

Der Auftragnehmer hat, soweit der Auftraggeber die Versandkosten gesondert trägt, unter Beachtung der Versandbedingungen des Auftraggebers dessen Interesse sorgfältig zu wahren. Dies bezieht sich insbesondere auf die Wahl des Beförderungsweges, die Wahl und die Ausnutzung des Beförderungsmittels sowie auf die tariflich günstigste Warenbezeichnung.

§ 7

Pflichtverletzungen des Auftragnehmers

1. Im Fall von Pflichtverletzungen des Auftragnehmers finden vorbehaltlich der Regelungen des § 14 VOL/B die gesetzlichen Vorschriften nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Anwendung.
2. (1) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber im Fall leicht fahrlässig verursachter Schäden aufgrund von Pflichtverletzungen den entgangenen Gewinn des Auftraggebers nicht zu ersetzen. Die Pflicht zum Ersatz dieser Schäden ist ebenfalls ausgeschlossen, wenn der Verzug durch Unterauftragnehmer verursacht worden ist, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer vorgeschrieben hat.

- (2) Darüber hinaus kann die Schadensersatzpflicht im Einzelfall weiter begrenzt werden. Dabei sollen branchenübliche Lieferbedingungen z. B. dann berücksichtigt werden, wenn die Haftung summenmäßig oder auf die Erstattung von Mehraufwendungen für Ersatzbeschaffungen beschränkt werden soll.
- (3) Macht der Auftraggeber Schadensersatz statt der ganzen Leistung oder anstelle davon Aufwendungsersatz geltend, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die ihm überlassenen Unterlagen (Zeichnungen, Berechnungen usw.) unverzüglich zurückzugeben. Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer unverzüglich eine Aufstellung über die Art seiner Ansprüche mitzuteilen.

Die Mehrkosten für die Ausführung der Leistung durch einen Dritten hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer innerhalb von 3 Monaten nach Abrechnung mit dem Dritten mitzuteilen. Die Höhe der übrigen Ansprüche hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer unverzüglich anzugeben.

- (4) Macht der Auftraggeber bei bereits teilweise erbrachter Leistung Ansprüche auf Schadensersatz statt der Leistung oder anstelle davon Aufwendungsersatz nur wegen des noch ausstehenden Teils der Leistung geltend, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich eine prüfbare Rechnung über den bereits bewirkten Teil der Leistung zu übermitteln. Im Übrigen findet Absatz 3 Anwendung.
3. Übt der Auftraggeber ein Rücktrittsrecht aus, finden Nr. 2 Absatz 3 Sätze 1 und 4 entsprechende Anwendung; bei teilweisem Rücktritt gilt zusätzlich Nr. 2 Absatz 4 Satz 1 entsprechend.
 4. (1) Gerät der Auftragnehmer in Verzug, setzt der Auftraggeber dem Auftragnehmer vor Ausübung des Rücktrittsrechtes eine angemessene Frist zur Leistung oder Nacherfüllung.
(2) Der Auftraggeber ist verpflichtet, auf Verlangen des Auftragnehmers zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Leistung vom Vertrag zurücktritt oder auf der Leistung besteht. Diese Anfrage ist vor Ablauf der Frist nach Absatz 1 zu stellen. Bis zum Zugang der Antwort beim Auftragnehmer bleibt dieser zur Leistung berechtigt.

§ 8

Lösung des Vertrags durch den Auftraggeber

1. Der Auftraggeber kann vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrags dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt.
2. Der Auftraggeber kann auch vom Vertrag zurücktreten oder den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen, wenn sich der Auftragnehmer in Bezug auf die Vergabe an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beteiligt hat.
3. Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit der Auftraggeber für sie Verwendung hat, nach den Vertragspreisen oder nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zu der

gesamten vertraglichen Leistung auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen; die nicht verwendbare Leistung wird dem Auftragnehmer auf dessen Kosten zurückgewährt.

4. Die sonstigen gesetzlichen Rechte und Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

§ 9

Verzug des Auftraggebers, Lösung des Vertrags durch den Auftragnehmer

1. Im Fall des Verzugs des Auftraggebers als Schuldner und als Gläubiger finden die gesetzlichen Vorschriften nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Anwendung.
2. (1) Unterlässt der Auftraggeber ohne Verschulden eine ihm nach dem Vertrag obliegende Mitwirkung und setzt er dadurch den Auftragnehmer außerstande, die Leistung vertragsgemäß zu erbringen, so kann der Auftragnehmer dem Auftraggeber zur Erfüllung dieser Mitwirkungspflicht eine angemessene Frist setzen mit der Erklärung, dass er sich vorbehalte, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen, wenn die Mitwirkungspflicht nicht bis zum Ablauf der Frist erfüllt werde.

(2) Im Fall der Kündigung sind bis dahin bewirkte Leistungen nach den Vertragspreisen abzurechnen. Im Übrigen hat der Auftragnehmer Anspruch auf eine angemessene Entschädigung, deren Höhe in entsprechender Anwendung von § 642 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu bestimmen ist.
3. Ansprüche des Auftragnehmers wegen schuldhafter Verletzung von Mitwirkungspflichten durch den Auftraggeber bleiben unberührt.

§ 10

Obhutspflichten

Der Auftragnehmer hat bis zum Gefahrübergang die von ihm ausgeführten Leistungen und die für die Ausführung übergebenen Gegenstände vor Beschädigungen oder Verlust zu schützen.

§ 11

Vertragsstrafe

1. Wenn Vertragsstrafen vereinbart sind, gelten die §§ 339 bis 345 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Eine angemessene Obergrenze ist festzulegen.
2. Ist die Vertragsstrafe für die Überschreitung von Ausführungsfristen vereinbart, darf sie für jede vollendete Woche höchstens 1/2 vom Hundert des Wertes desjenigen Teils der Leistung betragen, der nicht genutzt werden kann. Diese beträgt maximal 8%. Ist die Vertragsstrafe nach Tagen bemessen, so zählen nur Werktage; ist sie nach Wochen bemessen, so wird jeder Werktag einer angefangenen Woche als 1/6 Woche gerechnet.

Der Auftraggeber kann Ansprüche aus verwirkter Vertragsstrafe bis zur Schlusszahlung geltend machen.

§ 12 Güteprüfung

1. Güteprüfung ist die Prüfung der Leistung auf Erfüllung der vertraglich vereinbarten technischen und damit verbundenen organisatorischen Anforderungen durch den Auftraggeber oder seinen gemäß Vertrag benannten Beauftragten. Die Abnahme bleibt davon unberührt.
2. Ist im Vertrag eine Vereinbarung über die Güteprüfung getroffen, die Bestimmungen über Art, Umfang und Ort der Durchführung enthalten muss, so gelten ergänzend hierzu, falls nichts anderes vereinbart worden ist, die folgenden Bestimmungen:
 - a) Auch Teilleistungen können auf Verlangen des Auftraggebers oder Auftragnehmers geprüft werden, insbesondere in den Fällen, in denen die Prüfung durch die weitere Ausführung wesentlich erschwert oder unmöglich würde.
 - b) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber oder dessen Beauftragten den Zeitpunkt der Bereitstellung der Leistung oder Teilleistungen für die vereinbarten Prüfungen rechtzeitig schriftlich anzuzeigen. Die Parteien legen dann unverzüglich eine Frist fest, innerhalb derer die Prüfungen durchzuführen sind. Verstreicht diese Frist aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat ungenutzt, kann der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine angemessene Nachfrist setzen mit der Forderung, entweder innerhalb der Nachfrist die Prüfungen durchzuführen oder zu erklären, ob der Auftraggeber auf die Güteprüfung verzichtet. Führt der Auftraggeber die Prüfungen nicht innerhalb der Nachfrist durch und verzichtet der Auftraggeber auf die Prüfungen nicht, so hat er nach dem Ende der Nachfrist Schadensersatz nach den Vorschriften über den Schuldnerverzug zu leisten.
 - c) Der Auftragnehmer hat die zur Güteprüfung erforderlichen Arbeitskräfte, Räume, Maschinen, Geräte, Prüf- und Messeinrichtungen sowie Betriebsstoffe zur Verfügung zu stellen.
 - d) Besteht aufgrund der Güteprüfung Einvernehmen über die Zurückweisung der Leistung oder von Teilleistungen als nicht vertragsgemäß, so hat der Auftragnehmer diese durch vertragsgemäße zu ersetzen.
 - e) Besteht kein Einvernehmen über die Zurückweisung der Leistung aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über das angewandte Prüfverfahren, so kann der Auftragnehmer eine weitere Prüfung durch eine mit dem Auftraggeber zu vereinbarende Prüfstelle verlangen, deren Entscheidung endgültig ist. Die hierbei entstehenden Kosten trägt der unterliegende Teil.
 - f) Der Auftraggeber hat vor Auslieferung der Leistung einen Freigabevermerk zu erteilen. Dieser ist die Voraussetzung für die Auslieferung an den Auftraggeber.
 - g) Der Vertragspreis enthält die Kosten, die dem Auftragnehmer durch die vereinbarte Güteprüfung entstehen. Entsprechend der Güteprüfung unbrauchbar gewordene Stücke werden auf die Leistung nicht angerechnet.

§ 13 Abnahme

1. (1) Für den Übergang der Gefahr gelten, soweit nichts anderes vereinbart ist, die gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Wenn der Versand oder die Übergabe der fertiggestellten Leistung auf Wunsch des Auftraggebers über den im Vertrag vorgesehenen Termin hinausgeschoben wird, so geht, sofern nicht ein anderer Zeitpunkt vereinbart ist, für den Zeitraum der Verschiebung die Gefahr auf den Auftraggeber über.
2. (1) Abnahme ist die Erklärung des Auftraggebers, dass der Vertrag der Hauptsache nach erfüllt ist. Ist eine Abnahme gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, hat der Auftraggeber innerhalb der vorgesehenen Frist zu erklären, ob er die Leistung abnimmt.

Liegt ein nicht wesentlicher Mangel vor, so kann der Auftraggeber die Abnahme nicht verweigern, wenn der Auftragnehmer seine Pflicht zur Beseitigung des Mangels ausdrücklich anerkennt.

Bei Nichtabnahme gibt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Gründe bekannt und setzt, sofern insbesondere eine Nacherfüllung möglich und beiden Parteien zumutbar ist, eine Frist zur erneuten Vorstellung zur Abnahme, unbeschadet des Anspruchs des Auftraggebers aus der Nichteinhaltung des ursprünglichen Erfüllungszeitpunkts.

- (2) Mit der Abnahme entfällt die Haftung des Auftragnehmers für erkannte Mängel, soweit sich der Auftraggeber nicht die Geltendmachung von Rechten wegen eines bestimmten Mangels vorbehalten hat.
- (3) Hat der Auftraggeber die Leistung in Benutzung genommen, so gilt die Abnahme mit Beginn der Benutzung als erfolgt, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- (4) Bei der Abnahme von Teilen der Leistung gelten die vorstehenden Absätze entsprechend.
3. Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer eine angemessene Frist setzen um Sachen, die der Auftraggeber als nicht vertragsgemäß zurückgewiesen hat, fortzuschaffen. Nach Ablauf der Frist kann er diese Sachen unter möglichster Wahrung der Interessen des Auftragnehmers auf dessen Kosten veräußern.

§ 14 Mängelansprüche und Verjährung

1. Ist ein Mangel auf ein Verlangen des Auftraggebers nach Änderung der Beschaffenheit der Leistung (§ 2 Nr. 1), auf die von ihm gelieferten oder vorgeschriebenen Stoffe oder von ihm geforderten Vorlieferungen eines anderen zurückzuführen, so ist der Auftragnehmer von Ansprüchen aufgrund dieser Mängel frei, wenn er die schriftliche Mitteilung nach § 2 Nr. 2 oder § 4 Nr. 3 erstattet hat oder wenn die vom Auftraggeber gelieferten Stoffe mit Mängeln behaftet sind, die bei Anwendung verkehrsüblicher Sorgfalt nicht erkennbar waren.

2. Für die Mängelansprüche gelten die gesetzlichen Vorschriften mit folgenden Maßgaben:

- a) Weist die Leistung Mängel auf, so ist dem Auftragnehmer zunächst Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Auftragnehmers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die innerhalb der Verjährungsfrist einen Sachmangel aufweisen, soweit dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.

Nach Ablauf der Frist zur Nacherfüllung kann der Auftraggeber die Mängel auf Kosten des Auftragnehmers selbst beseitigen oder durch einen Dritten beseitigen lassen.

Der Auftraggeber kann eine angemessene Frist auch mit dem Hinweis setzen, dass er die Beseitigung des Mangels nach erfolglosem Ablauf der Frist ablehne; in diesem Fall kann der Auftraggeber nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen

- 1. die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten sowie
 - 2. Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen verlangen.
- b) Ein Anspruch des Auftraggebers auf Schadensersatz bezieht sich auf den Schaden am Gegenstand des Vertrages selbst, es sei denn,
 - aa) der entstandene Schaden ist durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit des Auftragnehmers selbst, seiner gesetzlichen Vertreter oder seiner Erfüllungsgehilfen (§ 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches) verursacht,
 - bb) der Schaden ist durch die Nichterfüllung einer Garantie für die Beschaffenheit der Leistung verursacht oder
 - cc) der Schaden resultiert aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

Soweit der Auftragnehmer nicht nach aa) – cc) haftet, ist der Anspruch auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen begrenzt auf den Wert der vom Mangel betroffenen Leistung.

Die Schadens- und Aufwendungsersatzpflicht gemäß aa) entfällt, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass Sabotage vorliegt, oder wenn der Auftraggeber die Erfüllungsgehilfen gestellt hat oder wenn der Auftragnehmer auf die Auswahl der Erfüllungsgehilfen einen entscheidenden Einfluss nicht ausüben konnte.

- c) Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer eine angemessene Frist setzen, mangelhafte Sachen fortzuschaffen. Nach Ablauf der Frist kann er diese Sachen unter möglicher Wahrung der Interessen des Auftragnehmers auf dessen Kosten veräußern.
- d) Für vom Auftraggeber unsachgemäß und ohne Zustimmung des Auftragnehmers vorgenommene Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten und deren Folgen haftet der Auftragnehmer nicht.

3. Soweit nichts anderes vereinbart ist, gelten für die Verjährung der Mängelansprüche die gesetzlichen Fristen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Andere Regelungen sollen vorgesehen werden, wenn dies wegen der Eigenart der Leistung erforderlich ist; hierbei können die in dem jeweiligen Wirtschaftszweig üblichen Regelungen in Betracht gezogen werden. Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer Mängel unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

§ 15 Rechnung

1. (1) Der Auftragnehmer hat seine Leistung nachprüfbar abzurechnen. Er hat dazu Rechnungen übersichtlich aufzustellen und dabei die im Vertrag vereinbarte Reihenfolge der Posten einzuhalten, die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen zu verwenden sowie gegebenenfalls sonstige im Vertrag festgelegte Anforderungen an Rechnungsvordrucke zu erfüllen und Art und Umfang der Leistung durch Belege in allgemein üblicher Form nachzuweisen. Rechnungsbeträge, die für Änderungen und Ergänzungen zu zahlen sind, sollen unter Hinweis auf die getroffenen Vereinbarungen von den übrigen getrennt aufgeführt oder besonders kenntlich gemacht werden.

(2) Wenn vom Auftragnehmer nicht anders bezeichnet, gilt diese Rechnung als Schlussrechnung.
2. Wird eine prüfbare Rechnung gemäß Nr. 1 trotz Setzung einer angemessenen Frist nicht eingereicht, so kann der Auftraggeber die Rechnung auf Kosten des Auftragnehmers für diesen aufstellen, wenn er dies angekündigt hat.

§ 16 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen

1. Leistungen werden zu Stundenverrechnungssätzen nur bezahlt, wenn dies im Vertrag vorgesehen ist oder wenn sie vor Beginn der Ausführung vom Auftraggeber in Auftrag gegeben worden sind.
2. Dem Auftraggeber sind Beginn und Beendigung von derartigen Arbeiten anzuzeigen. Soweit nichts anderes vereinbart ist, sind über die Arbeiten nach Stundenverrechnungssätzen wöchentlich Listen einzureichen, in denen die geleisteten Arbeitsstunden und die etwa besonders zu vergütenden Roh- und Werkstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie besonders vereinbarte Vergütungen für die Bereitstellung von Gerüsten, Werkzeugen, Geräten, Maschinen und dergleichen aufzuführen sind.
3. Soweit nichts anderes vereinbart ist, sind Listen wöchentlich, erstmalig 12 Werktage nach Beginn, einzureichen.

§ 17 Zahlung

1. Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach Erfüllung der Leistung. Sie kann früher gemäß den vereinbarten Zahlungsbedingungen erfolgen. Fehlen solche Vereinbarungen, so hat die Zahlung des Rechnungsbetrages binnen 30 Tagen nach Eingang der prüfbaren Rechnung zu erfolgen. Die Zahlung geschieht in der Regel bargeldlos. Maßgebend für die

Rechtzeitigkeit ist der Zugang des Überweisungsauftrages beim Zahlungsinstitut des Auftraggebers.

2. Sofern Abschlagszahlungen vereinbart sind, sind sie in angemessenen Fristen auf Antrag entsprechend dem Wert der erbrachten Leistungen in vertretbarer Höhe zu leisten. Die Leistungen sind durch nachprüfbare Aufstellungen nachzuweisen. Abschlagszahlungen gelten nicht als Abnahme von Teilen der Leistung.
3. Bleiben bei der Schlussrechnung Meinungsverschiedenheiten, so ist dem Auftragnehmer gleichwohl der ihm unbestritten zustehende Betrag auszuführen.
4. Die vorbehaltlose Annahme der als solche gekennzeichneten Schlusszahlung schließt Nachforderungen aus. Ein Vorbehalt ist innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Schlusszahlung zu erklären.

Ein Vorbehalt wird hinfällig, wenn nicht innerhalb eines weiteren Monats eine prüfbare Rechnung über die vorbehaltenen Forderungen eingereicht oder, wenn dies nicht möglich ist, der Vorbehalt eingehend begründet wird.

5. Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu berichtigen. Solche Fehler sind Fehler in der Leistungsermittlung und in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln, Komma- und Übertragungs- einschließlich Seitenübertragungsfehler. Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich daraus ergebenden Beträge zu erstatten.

§ 18 Sicherheitsleistung

1. (1) Soweit nichts anderes vereinbart ist, sind Sicherheitsleistungen unter den Voraussetzungen des § 14 VOL/A erst ab einem Auftragswert von 50.000,-- Euro zulässig. Wenn eine Sicherheitsleistung vereinbart ist, gelten die §§ 232-240 des Bürgerlichen Gesetzbuches, soweit sich aus den nachstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.

(2) Die Sicherheit dient dazu, die vertragsgemäße Ausführung der Leistung und die Durchsetzung von Mängelansprüchen sicherzustellen.
2. (1) Wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart ist, kann Sicherheit durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft eines in der Europäischen Union oder in einem Staat, der Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder Mitglied des WTO-Dienstleistungsübereinkommens (GATS) ist, zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers geleistet werden. Sofern der Auftraggeber im Einzelfall begründete Bedenken gegen die Tauglichkeit des Bürgen hat, hat der Auftragnehmer die Tauglichkeit nachzuweisen.

(2) Der Auftragnehmer hat die Wahl unter den verschiedenen Arten der Sicherheit; er kann eine Sicherheit durch eine andere ersetzen.
3. Bei Bürgschaft durch andere als zugelassene Kreditinstitute oder Kreditversicherer ist Voraussetzung, dass der Auftraggeber den Bürgen als tauglich anerkannt hat.
4. (1) Die Bürgschaftserklärung ist schriftlich mit der ausdrücklichen Bestimmung, dass die Bürgschaft deutschem Recht unterliegt, unter Verzicht auf die Einreden der Aufrechen-

barkeit, der Anfechtbarkeit und der Vorausklage abzugeben (§§ 770, 771 des Bürgerlichen Gesetzbuches); sie darf nicht auf bestimmte Zeit begrenzt und muss nach Vorschrift des Auftraggebers ausgestellt sein. Die Bürgschaft muss unter den Voraussetzungen von § 38 der Zivilprozessordnung die ausdrückliche Vereinbarung eines vom Auftraggeber gewählten inländischen Gerichtsstands für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit der Bürgschaftsvereinbarung sowie aus der Vereinbarung selbst enthalten.

- (2) Der Auftraggeber kann als Sicherheit keine Bürgschaft fordern, die den Bürgen zur Zahlung auf erstes Anfordern verpflichtet.
5. Wird Sicherheit durch Hinterlegung von Geld geleistet, so hat der Auftragnehmer den Betrag bei einem zu vereinbarenden Geldinstitut auf ein Sperrkonto einzuzahlen, über das beide Parteien nur gemeinsam verfügen können. Etwaige Zinsen stehen dem Auftragnehmer zu.
6. Der Auftragnehmer hat die Sicherheit binnen 18 Werktagen nach Vertragsschluss zu leisten, wenn nichts anderes vereinbart ist.
7. Der Auftraggeber hat eine Sicherheit entsprechend dem völligen oder teilweisen Wegfall des Sicherungszwecks unverzüglich zurückzugeben.

§ 19 Streitigkeiten

1. Bei Meinungsverschiedenheiten sollen Auftraggeber und Auftragnehmer zunächst versuchen, möglichst binnen zweier Monate eine gütliche Einigung herbeizuführen.
2. Liegen die Voraussetzungen für eine Gerichtsstandsvereinbarung nach § 38 der Zivilprozessordnung vor, richtet sich der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des Vertrages und aus dem Vertragsverhältnis ausschließlich nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle, soweit nichts anderes vereinbart ist. Die auftraggebende Stelle ist auf Verlangen verpflichtet, die den Auftraggeber im Prozess vertretende Stelle mitzuteilen.
3. Streitfälle berechtigen den Auftragnehmer nicht, die übertragenen Leistungen einzustellen, wenn der Auftraggeber erklärt, dass aus Gründen besonderen öffentlichen Interesses eine Fortführung der Leistung geboten ist.

Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Liefer- und Dienstleistungen

Hinweis: Die Paragraphen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung vom 05.08.2003 - (BANz. Nr. 178a).

1. Art und Umfang der Leistungen (zu § 1)

- 1.1 Die angebotenen Preise sind Festpreise ohne Umsatzsteuer. Dem Preis ist der Umsatzsteuerbetrag im Angebot unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes hinzuzufügen (Vordruck *Angebot*).
- 1.2 Durch die vereinbarten Preise sind im Zweifel sämtliche Leistungen des Auftragnehmers abgegolten, einschließlich aller Nebenleistungen wie die Erstellung von Betriebs-, Bedienungs-, Gebrauchsanweisungen u. ä. in deutscher Sprache, der Transport inkl. Verpackung, Versicherung und Anlieferung an den bestimmungsgemäßen Leistungsort, das Aufstellen bzw. Installieren vor Ort und sonstige Kosten und Lasten wie Patentgebühren und Lizenzvergütungen.

2. Änderungen der Leistung (zu § 2)

- 2.1 Beansprucht der Auftragnehmer bei Leistungsänderungen oder anderen Anordnungen der Auftraggeberin eine höhere Vergütung, muss er das unverzüglich vor der Ausführung, möglichst der Höhe nach, schriftlich anzeigen. Die Vorschriften des § 132 GWB bzw. des § 47 UVgO bleiben unberührt.
- 2.2 Sind Einheitspreise vereinbart, ist der Auftragnehmer bei marktgängigen Erzeugnissen verpflichtet, auf Verlangen der Auftraggeberin eine Mehrleistung bis zu 10 % der beauftragten Mengen auf Grundlage des vertraglichen Einheitspreises zu erbringen oder mit einer Minderung bis zu 10 % einverstanden zu sein. Dies gilt nicht für Rahmenvereinbarungen.
- 2.3 Nummer 2.2 gilt nicht bei Minderleistungen, wenn nach Mengen gestaffelte Preise oder Rabatte wirksam gebunden sind.

3. Ausführungsunterlagen (zu §§ 3, 4)

- 3.1 Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zu Grunde gelegt werden, die die Auftraggeberin ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet hat. Die vertragliche Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers, insbesondere nach § 4 Nr. 1 Absatz 1 und § 14 VOL/B, werden hierdurch nicht eingeschränkt.
- 3.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers gelten nur, soweit sie den Bedingungen der Auftraggeberin nicht widersprechen. Beinhaltend sie – ggf. nach Auslegung – eine Änderung der Vergabeunterlagen, führt das zum Angebotsausschluss (§ 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

4. Ausführung der Leistung (zu §§ 4, 10)

- 4.1 Der Auftragnehmer hat bei der Leistungsausführung stets die landesrechtlichen Regelungen im Hamburgischen Vergabegesetz (HmbVgG) vom 13.02.2006 (HmbGVBl. S. 57) in aktueller Fassung zu beachten.
- 4.2 Solange der Vertrag nicht vollständig erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung der geforderten Nachweise, Angaben und Unterlagen (vgl. Vordruck *Eignung*) der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen.
- 4.3 Die Auftraggeberin ist befugt, sich von der vertragsgemäßen Leistungsausführung zu unterrichten.
- 4.4 Der Auftragnehmer hat ihm zur Leistungsausführung überlassene Gegenstände vor unbefugtem Gebrauch zu schützen.
- 4.5 Die Bewachung und Verwahrung des Besitzes des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen (inkl. Unterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleidung usw.) ist Sache des Auftragnehmers, auch wenn sich diese Gegenstände auf Grundstücken oder in Räumen der Auftraggeberin befinden.
- 4.6 Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin spätestens zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs (Nr. 9.3) das Eigentum an dem geleisteten Gegenstand uneingeschränkt und frei von Rechten Dritter zu verschaffen.
- 4.7 Ein Leistungsgegenstand ist an den von der Empfangsstelle bezeichneten Leistungsort (z.B. Räume, Grundstücksteile) zu liefern. Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen, der die Bestellscheinnummer, das Geschäftszeichen, die Warenbezeichnung und das Lieferdatum enthält.
- 4.8 Zu liefernde Geräte müssen den zum Lieferzeitpunkt geltenden Gesetzen, Normen und Standards entsprechen, insbesondere dem Produktsicherheitsgesetz (Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt, BGBl. I 2021, S. 3146) in der jeweiligen Fassung.
- 4.9 Im Angebot benannte Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) oder Bezugsquellen darf der Auftragnehmer nicht ohne die vorherige Zustimmung der Auftraggeberin wechseln (Vordrucke *Angebot* und *BWB*).

5. Pflichtverletzungen (zu § 7)

Hat die Auftraggeberin einem Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers gesetzlichen Schadensersatz zu leisten, steht ihr der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, soweit der Schaden durch den Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht wurde. Hat ein Verschulden der Auftraggeberin oder ihrer Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, ist § 254 BGB entsprechend anwendbar.

6. Kündigung und Rücktritt (zu § 8)

- 6.1. Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen, wenn über sein Vermögen die Eröffnung eines Insolvenz- oder vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens beantragt wird.
- 6.2. Die Auftraggeberin kann den Vertrag fristlos kündigen oder von ihm zurücktreten, wenn der Auftragnehmer eine Person, die auf Seiten der Auftraggeberin mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst ist, oder ihr nahe stehenden Personen oder einem Dritten in ihrem Interesse einen Vorteil anbietet, verspricht oder gewährt. Den Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.
- 6.3. Die Auftraggeberin kann den Vertrag fristlos kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Unterauftragnehmer schuldhaft gegen ihm obliegende Anforderungen oder Verpflichtungen aus den §§ 3, 3a, 5 oder 10 HmbVgG verstoßen.

7. Vertragsstrafe (zu § 11)

- 7.1 Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe verpflichtet, wenn er schuldhaft gegen eine der Verpflichtungen aus den §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG verstößt. Dies gilt auch dann, wenn der Verstoß von einem seiner Unterauftragnehmer (Nachunternehmer) zu vertreten ist.
- 7.2 Die Vertragsstrafe beträgt je Verstoß bis zu 1 % der Abrechnungssumme. Die Summe aller zu zahlenden Vertragsstrafen wird auf maximal 5 % der Abrechnungssumme begrenzt.
- 7.3 Vertragsstrafenvereinbarungen und Schadensersatzansprüche für die Überschreitung von Ausführungsfristen bleiben unberührt; hierbei werden die Vertragsstrafen auf die Schadensersatzansprüche angerechnet.
- 7.4 Der Anspruch auf eine vereinbarte Vertragsstrafe erlischt erst nach vorbehaltlos geleisteter Schlusszahlung.

8. Güteprüfung (zu § 12)

- 8.1 Zu einem Angebot eingereichte Muster und Proben (Vordruck *BWB*) müssen die in der Leistungsbeschreibung bezeichnete Beschaffenheit haben. Sie verbleiben bis zur Vertragserfüllung als verbindliches Qualitätsmuster bei der Auftraggeberin.
- 8.2 Fordert der Auftragnehmer die Muster und Proben nicht binnen eines Monats nach Vertragsende auf eigene Kosten zurück, werden sie bis zum Stückwert von 10 Euro ohne Berechnung von der Auftraggeberin übernommen. Ab einem Stückwert von 10 Euro werden die Muster und Proben nach Vertragsende in Absprache mit den Vertragspartnern
 - entweder von der letzten Teillieferung abgesetzt, gegen Empfangsbestätigung an den Auftragnehmer ausgehändigt bzw. im Ausnahmefall auf dessen Kosten zurückgesandt,
 - oder anderen Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg überlassen.
- 8.3 Verlangt die Auftraggeberin eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, hat sie die dadurch entstandenen Kosten des Auftragnehmers zu tragen. Zeigt die Güteprüfung, dass die gelieferten Waren nicht den Anforderungen entsprechen, hat der Auftragnehmer die Kosten für die Güteprüfung zu tragen und die durch die Güteprüfung verbrauchten oder wertlos gewordenen Waren werden nicht vergütet.

9. Abnahme (zu § 13)

- 9.1 Bei Aufbauleistungen hat der Auftragnehmer die (Teil-) Abnahme rechtzeitig in Textform zu beantragen.
- 9.2 Die Leistung gilt als abgenommen
 - bei Lieferungen: mit der vorbehaltlosen Schlusszahlung oder
 - bei Aufbauleistungen: 12 Werktagen nach Eingang des in Textform gestellten Antrages auf Abnahme, soweit die Auftraggeberin die Abnahme nicht verweigert.
- 9.3 Die Gefahr geht auf die Auftraggeberin über
 - bei Lieferungen: mit der Entgegennahme durch die Empfangsstelle oder
 - bei Aufbauleistungen: mit der Abnahme.

10. Mängelansprüche und Verjährung (zu § 14)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit Gefahrübergang (Nr. 9.3). Bei wiederkehrenden Leistungen ist die Einzelleistung maßgeblich.

11. Rechnung (zu § 15)

- 11.1 Alle Rechnungen des Bieters müssen soweit vorhanden die Angaben zu PSP-Element, Sachkonto und Mittelbindungsnummer enthalten, die bei der Auftragserteilung angegeben wurden. Grundsätzlich kann der Bieter seine Rechnungen an die FHH in elektronischer Form ausstellen und übermitteln, oder er kann sie in Papierform an die benannte Rechnungsanschrift übersenden.
- 11.2 Die Rechnung ist in Übereinstimmung mit dem Angebot mit den Preisen ohne Umsatzsteuer aufzustellen. Von den Preisen sind alle vereinbarten Nachlässe, Skonti usw. abzuziehen. Zum verbleibenden Netto-Rechnungsbetrag sind der Umsatzsteuersatz und der Umsatzsteuerbetrag gesondert aufzuführen. Am Ende der Rechnung ist der geforderte Zahlungsbetrag einschließlich Umsatzsteuer zu nennen.
- 11.3 Nach Vereinbarung können Teilrechnungen für selbstständige Teillieferungen/-leistungen eingereicht werden.
- 11.4 Wurden Abschlags- oder Vorauszahlungen vereinbart, sind der Umsatzsteuersatz und die darauf entfallende Umsatzsteuer in der Rechnung offen auszuweisen. Diese Umsatzsteuerbeträge sind vom Gesamtbetrag der Umsatzsteuer in der Schlussrechnung wieder abzusetzen.

12. Zahlung (zu § 17)

- 12.1 Der Rechnungsbetrag wird ausschließlich bargeldlos auf ein in der Rechnung angegebenes Konto gezahlt.
- 12.2 Skontofristen beginnen mit dem Rechnungseingang (Eingangsstempel der Empfangsstelle, Eingangsdatum der E-Rechnung oder Eingangsdatum der E-Mail), jedoch
- bei Aufbauleistungen: nicht vor dem Tag der Abnahme und
 - bei allen anderen Leistungen: nicht vor dem Tag der Erfüllung.
- 12.3 Die Auftraggeberin ist berechtigt, mit allen Gegenforderungen – auch aus anderen Rechtsverhältnissen – aufzurechnen. Unter Verzicht auf das Erfordernis der Gegenseitigkeit nach § 387 BGB willigt der Auftragnehmer ein, dass Forderungen der Bundesrepublik Deutschland oder der FHH gegen Forderungen des Auftragnehmers an eine dieser Körperschaften aufgerechnet werden. Dabei ist unerheblich, ob der Auftragnehmer die Lieferungen oder Leistungen allein übernommen hat oder als gesamtschuldnerisch haftendes Mitglied einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft.

13. Sicherheitsleistung (zu § 18)

- 13.1 Für die Vertragserfüllung kann eine Sicherheit in Höhe von fünf Prozent der Netto-Auftragssumme und für die Erfüllung von Mängelansprüchen eine Sicherheit in Höhe von drei Prozent der Netto-Auftragssumme verlangt werden. Nach Feststellung der Abrechnungssumme ist diese maßgeblich. Sicherheitsbeträge werden auf volle 10,- Euro nach unten abgerundet.
- 13.2 Leistet der Auftragnehmer die Sicherheit nicht binnen 18 Werktagen nach Zuschlagserteilung, behält die Auftraggeberin zehn Prozent von jeder Abschlagszahlung ein, bis die Höhe der Sicherheit erreicht ist. Werden keine Abschlagszahlungen geleistet, wird die Sicherheit von der Abrechnungssumme einbehalten.
- 13.3 Die Sicherheit wird nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche freigegeben, wenn während dieser Frist keine Mängel festgestellt werden. Werden Mängel vor Fristablauf festgestellt, bleibt die Sicherheit bis zur Mängelbeseitigung gesperrt.

14. Streitigkeiten (zu § 19)

- 14.1 Bei Meinungsverschiedenheiten ist zunächst die Entscheidung der für die Abnahme der Leistung zuständigen Stelle herbeizuführen. Deren Entscheidung gilt als anerkannt, wenn der Auftragnehmer nicht binnen eines Monats bei der Auftraggeberin schriftliche Einwendungen erhebt.
- 14.2 Für die Auslegung des Vertrages ist der Vertragswortlaut in deutscher Sprache maßgeblich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache.
- 14.3 Die vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen der Vertragspartner regelt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- 14.4 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis ist Hamburg.



VO: VgV **Vergabeart:** Verhandlungsverfahren **Status:** Angebotseröffnung

Formularsatz: SIMAP

Bestehende Verknüpfungen VR FB 2023000457: Verhandlungsrunde 1: M...

Ausgewählte Nachricht

Details der Nachricht

Eingangsdatum 24.10.2023 um 09:13 Uhr

Unternehmen fischerAppelt AG

Registrierungsnummer CX216361636

Betreff Bestätigung abgegebenes Angebot fischerAppelt

Nachricht

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben keinen Änderungsbedarf an dem von uns geschickten Angebot. Das eingereichte Angebotsformular sowie der Vertrag mit den von Ihnen bestätigten Änderungen ist daher weiterhin unser aktuell gültiges Angebot (anbei noch einmal der Vollständigkeit halber).

Mit freundlichen Grüßen
Ihr fischerAppelt-Team

Dateianhänge

Dateiname	Hinzugefügt am	Typ	Größe	Aktion
Angebotsformular_fA.pdf	24.10.2023		77,6 KB	
Alle Dateianhänge herunterladen				

Dokumentation des Zugriffs auf die Nachricht

Benutzer	Erstmalig geöffnet
	24.10.2023 um 12:29 Uhr

ANGEBOTSFORMULAR

Ausschreibungsnummer: 2023/S 120-381447


FB 2023000457

Motivations- und Informationskampagne der Hamburgischen
Bürgerschaft 2024/5




Hinweis an den Bieter:

Es ist kein gesondertes Anschreiben zu verwenden. Sämtliche Angaben, die im Rahmen der Angebotserstellung anfallen, sind an der dafür vorgesehenen Stelle in den übersandten bzw. zugänglich gemachten Vergabeunterlagen einschließlich dieses Dokuments vorzunehmen. Soweit gekennzeichnet können, gesonderte Blätter beigelegt werden.

1. Unternehmensangaben

Name / Firma inkl. Rechtsform:	fischerAppelt AG
Anschrift:	Waterloohain 5
PLZ, Ort:	22769, Hamburg
Umsatzsteuer-ID	
Handelsregisternummer, registerführendes Gericht	HRB 77749, Hamburg

2. Angaben zum Angebot

Verantwortlicher Ansprechpartner:	
Telefonnummer:	
Faxnummer:	
E-Mail-Adresse:	 @fischerappelt.de

An dieses Angebot halten wir uns bis zum **31. Dezember 2023** gebunden. Mit der Leistungsbeschreibung sind wir einverstanden.

3. Bietergemeinschaften und Unterauftragnehmer

☒ den Bieter als Einzelunternehmen

☐ eine Bietergemeinschaft

Name der Bietergemeinschaft:

Name des bevollmächtigten Vertreters:

Wir verpflichten uns,

- die Nachunternehmer mit gesonderter Anlage – die Angebotsbestandteil wird – im Einzelnen auf Nachfrage des Auftraggebers vor Zuschlagserteilung zu benennen. Die zum Nachweis der Eignung der Nachunternehmer notwendigen Nachweise fügen wir bei.
- auf Nachfrage des Auftraggebers – auch im Laufe des Vergabeverfahrens – den Namen der Nachunternehmer für die vorgenannten Teilleistungen zu benennen.

4. Projektumsetzungskonzept

(Der Umfang des Konzeptes sollte insgesamt 20 DIN A 4-Seiten nicht überschreiten.
Ausführungen können auch in einer separaten Datei erfolgen)

Siehe Datei L1: Kommunikations- & Partnerschaftskonzept

5. Maßnahmen-, Zeit- und Budgetplan

Siehe Datei L2: Konkreter Maßnahmen-, Zeit-, Budget- und Betreuungsplan

6. Preisangebot

Der Wertungspreis wird wie folgt ermittelt:

Alle Qualifikation werden addiert und durch die Zahl der Qualifikation geteilt.

Qualifikation	Stundensatz (inkl. aller Aufwände zzgl. USt.)
Geschäftsführer-Ebene, wie z.B. GF-Kreation, GF Beratung, GF-Strategie, CEO, CCO	■■■■■
Direktoren-Ebene, wie Client Service Director, CD, Head of Planning, Head of Technology, Head of Production, Head of Social Media, Head of Controlling, Head of PR	■■■■■
Leitungs-Ebene, wie z.B. Etat-Direktor, Teamleiter, Account Director, Senior Account Manager, Senior Copy Writer, Senior AD, Senior Planner, Senior Controller	■■■■■
Betreuungs- und Gestaltungs-Ebene, wie z.B. Kundenberater, PR-Berater, Art Director, Copy Writer, Production, Developer, Information Architect, Konzeptioner, Gestalter	■■■■■
Junioren- und Support-Ebene, wie z.B. Junior-Kundenberater, Junior AD, Junior Text, Junior Planner, RZ/DTP, Art Buying, FFF, Print Producer, Sekretariat	■■■■■
Ausbildungs-Ebene wie z.B. Trainee, Praktikant, Azubi, Volontär	■■■■■
Durchschnittssatz (netto) als Wertungsgrundlage	■■■■■

Die Kostenkalkulation ist gesondert beizufügen.

7. Weitere Angaben

Wir bestätigen im Übrigen hiermit / Uns ist bewusst, dass

- die Erfüllung der Leistungsbeschreibung vollumfänglich Gegenstand dieses Angebots ist. Insbesondere erfüllen wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung. Die Ausführung der in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Leistungen bieten wir hiermit zu den angegebenen Preisen an.
- dem Angebot die in den Vergabeunterlagen mitgeteilten Bewerbungs- und Vergabebedingungen sowie als vertragliche Grundlage der beigefügte Entwurf des Vertrages zugrunde liegen.
- unsere AGB keine Anwendung finden.
- eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben kann. Wir versichern hiermit die Richtigkeit der über das Vergabeportal eingereichten Unterlagen.
- die von uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet, gespeichert und ggf. nicht berücksichtigten Bietern mitgeteilt werden.

Dieses Angebotsschreiben wird elektronisch über die Plattform verifiziert und ist ohne Unterschrift gültig. Mit der elektronischen Abgabe der Erklärung über das Vergabeportal gilt diese als unterschrieben.

Hamburg, den 29.09.2023

Ort, Datum

Gez. 
(Vor- und Nachname)

L1: Kommunikationskonzept inkl. Partnereinbindung

“Motivationskampagne zur Wahlbeteiligung”
Vergabenummer: FB 2023000457

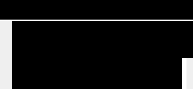
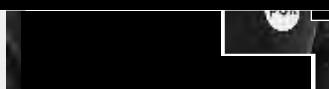
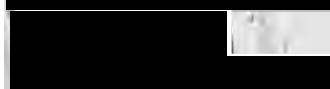
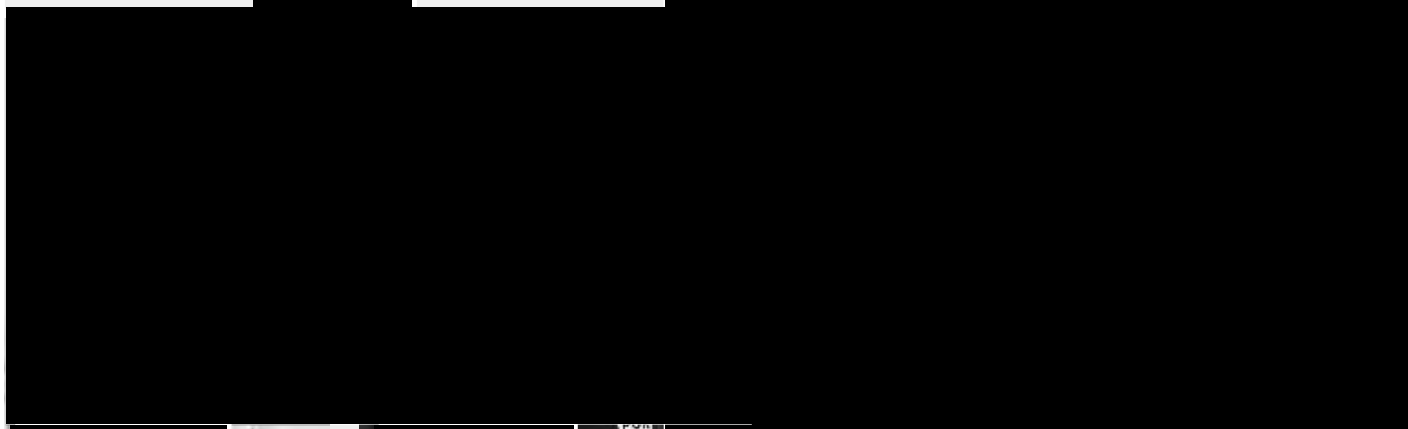
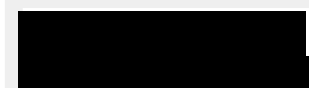
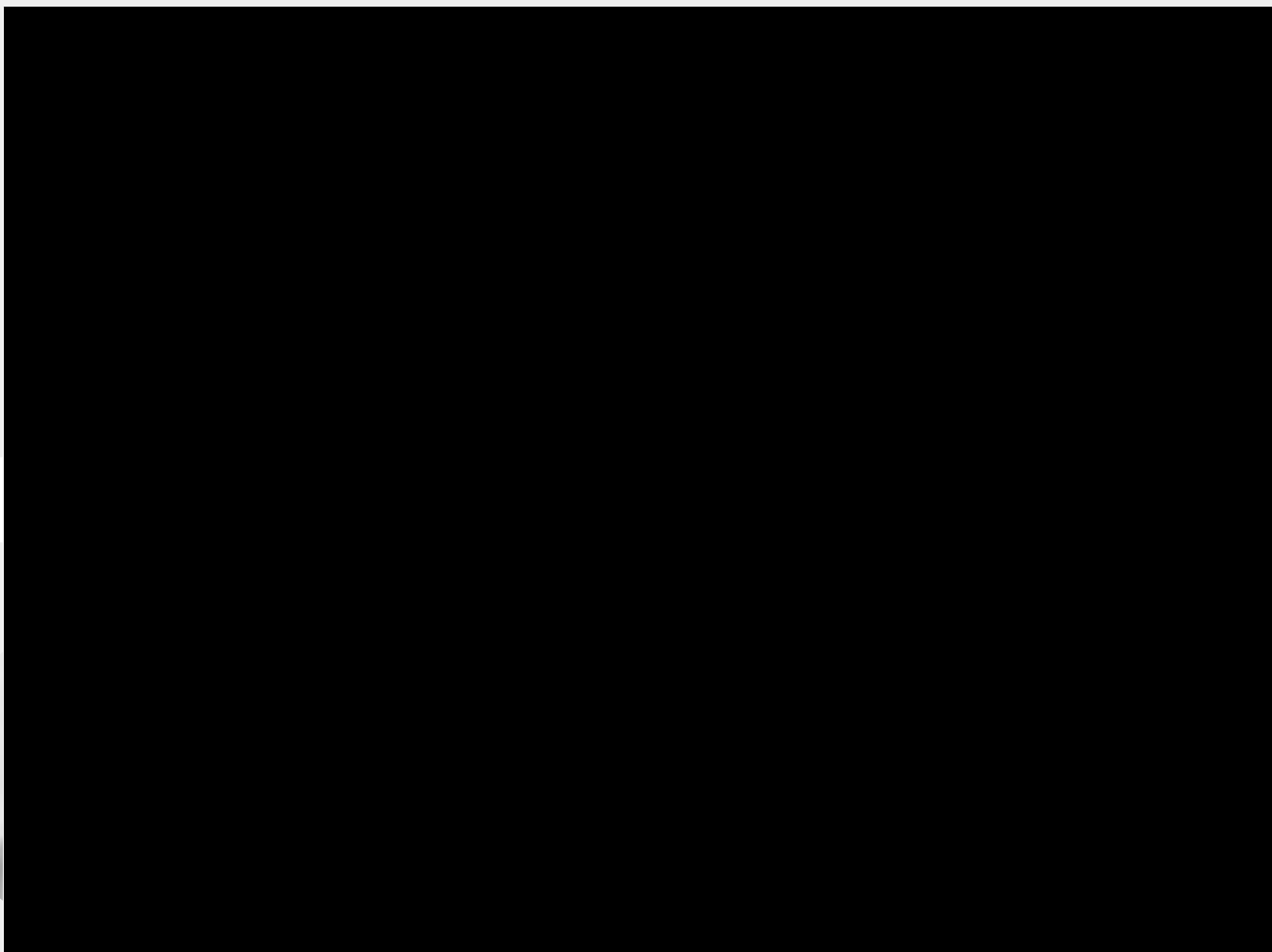


Inhaltsverzeichnis

1.1 Einsatz des Kernteams	S. 3
1.2 Analyse und Strategie	S. 4-6
2.1 Das Kreationskonzept	S. 7-8
2.2 Die Ebenen	S. 9
2.2.1 Ebene "persönlich"	S. 10-11
2.2.2 Ebene "politischer" Bezirksversammlungswahl	S. 12-13
2.2.3 Ebene "politischer" Europawahl	S. 14
2.2.4 Ebene "politischer" Bürgerschaftswahl	S. 15
2.2.5 Überblick	S. 16
3.1 Aktivierungsprinzip und Heroidee	S. 17
3.2 Aktivierungsaktionen	S. 18-19
3.3 Aktivierungstoolkits	S. 20
4 Kanalökosystem	S. 21
5 Partnerschaftskonzept	S. 22



Kernteam



Herausforderung

Hamburg wieder an die Urne bringen!

Mit einer konsequenten Weiterentwicklung der Kampagne von 2020 wollen wir die Hamburgerinnen und Hamburger dazu motivieren, ihre Stimme bei der Bezirksversammlungs- und der Europawahl 2024 sowie bei der Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft 2025 abzugeben.

Die zentrale Herausforderung ist im Prinzip die gleiche geblieben wie beim letzten Mal: Während es Gegenden gibt, in denen die Wahlbeteiligung 2020 bei bis zu 80 % lag, gibt es auf der anderen Seite auch weiterhin Stadtteile wie Jenfeld, Billstedt oder auch Harburg, in denen nur gut 40 % bis knapp 50 % der Bewohner:innen wählen gegangen sind.¹

Daher legen wir dieses Mal den **kommunikativen Schwerpunkt** noch stärker als 2020 auf die **drei Bezirke mit den schwächsten Stadtteilen**, um gezielt dort die Wahlbeteiligung zu verbessern. Die Menschen zu erreichen, die sich nicht zuletzt durch den Krisendauermodus seit 2020 abgehängt fühlen und daher Politik für ihr Leben als irrelevant erachten, ist unsere wichtigste kommunikative Aufgabe und der entscheidende Punkt, der uns bei unseren Überlegungen zu einer sinnvollen Weiterentwicklung der letzten Kampagne geleitet hat. Daher müssen wir auch unsere Werbemittel **medial differenzierter** aussteuern und stärker in ausgewählte Bezirke gehen, damit die Kampagne ihre volle Wirkkraft dort entfaltet, wo sie am dringendsten nötig ist.

Mit unserer Kampagne wenden wir uns daher also schwerpunktmäßig an die Bewohner:innen der **drei Hamburger Bezirke**, in denen die Wahlbeteiligung 2020 besonders schwach war: Wandsbek, Harburg, Mitte. Darüber hinaus wenden wir uns an **alle Hamburger:innen**, an potenzielle **Nicht-Wähler:innen** sowie an die **Gen Z**, d. h. junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren, da in dieser Altersgruppe die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich ist.²

Anders als 2020 gilt es, einen Ansatz zu finden, der sinnvoll und interessant über zwei Wahlzeitpunkte und drei Wahlen gespielt werden kann.

Bewahren wollen wir unsere **einzigartige Tonalität**, die es so im politischen Kontext zuvor nie gegeben hat. Unsere Kampagne hat sich wohlthuend vom kommunikativen Einheitsbrei der Parteiwerbung abgehoben, sie ist positiv aufgefallen im grauen Großstadtumfeld und sie hat Spaß und Lockerheit in das dröge Thema "Wahl" gebracht und so die Urne von ihrem Sockel geholt. Unser aufmerksamkeitsstarker und distinkter Auftritt hat es geschafft, die Hamburgische Bürgerschaft als Marke mit eigenem Gesicht zu positionieren. Mit unserer **bunten Leichtigkeit** sind wir in Erinnerung geblieben und haben Wirksamkeit bewiesen – was sich nicht zuletzt in der um 6,7 Prozentpunkte gestiegenen Wahlbeteiligung gezeigt hat.

¹ Mär. 2020,
https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/Bürgerschaftswahlen/2020/Analyse/Wahlanalyse_B%C3%BCW_aHH2020_endgültig_korrektur.pdf

² Mai 2020,
https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Wahlen/Hamburg/B%C3%BCrgerschaftswahlen/2020/Analyse/Wahlanalyse_Repräsentative_Wahlstatistik.pdf

Situation

Emotionale Großwetterlage: wolkig bis heiter.

Alle sind so ernst geworden.

Seit der letzten Wahl in Hamburg scheint die Welt eine andere geworden zu sein. Die Covid-19-Pandemie, Naturkatastrophen wie die Flut im Ahrtal, der andauernde Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation – eine Krise jagt die nächste, die Zukunft scheint willkürlich und nicht mehr planbar zu sein. Viele Menschen sind verunsichert, haben gesundheitliche oder existenzielle Sorgen und wissen nicht, woran sie glauben oder sich orientieren sollen. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer, das Thema Migration spaltet die Gesellschaft,³ das Vertrauen in die Regierung sinkt.⁴ 79% der Deutschen sind wenig oder gar nicht zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung.⁵ Das Leben ist in den letzten Jahren viel politischer geworden, gleichzeitig nimmt die Politikverdrossenheit offenbar zu.

Hammonia! O wie so glücklich stehst du da!

Andererseits können wir feststellen: In Hamburg scheint die Welt im Großen und Ganzen noch in Ordnung zu sein. Laut einer aktuellen Studie sind die Hamburgerinnen und Hamburger die glücklichsten Großstädter:innen Deutschlands.⁶ Sie sind mit allen wichtigen Themen wie “Zusammengehörigkeitsgefühl”, “allgemeine Sicherheitslage”, “Attraktivität als Wirtschaftsstandort” oder auch “kulturelles Angebot”, “Naherholungsmöglichkeiten”, “Verkehrsinfrastruktur” etc. überdurchschnittlich zufrieden. Hamburg ist auch in schwierigen Zeiten eine sehr liebens- und lebenswerte Stadt. Für 85% der Bürger:innen ist Hamburg eine persönliche Heimat.⁷ Hamburg weckt den Lokalpatriotismus in den Menschen; die Identifikation ist ebenso hoch wie der Stolz.

Das bedeutet, dass wir unsere Kampagne inhaltlich und thematisch so weiterentwickeln müssen, dass sie den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht wird, gleichzeitig aber auch die grundsätzlich gute Verfassung Hamburgs für sich nutzt.

Das Leben ist politischer geworden, die Gemüter sind erwärmt.

Wir kanalisieren die gemischten Emotionen der Hamburger:innen und lenken sie auf das, was ihnen wichtig ist und worauf sie stolz sind: ihre Stadt.

³ Jun. 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1396579/umfrage/konflikte-zwischen-gesellschaftlichen-gruppen/>

⁴ Jul. 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153823/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-die-deutsche-regierung/>

⁵ Aug. 2023, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1396579/umfrage/konflikte-zwischen-gesellschaftlichen-gruppen/>

⁶ 2023, <https://www.ski-gluecksatlas.de/artikel/staedteranking-2023-hamburg.html>

⁷ 2010, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165475/umfrage/meinung-zur-verbundenheit-von-hamburgern-mit-ihrer-heimatstadt/>

Ansatz

Mehr Nähe für mehr Relevanz.

Mit "Hamburg wählt sich warm" hatten wir uns 2020 bewusst für einen gänzlich unpolitischen Ansatz entschieden. Im Mittelpunkt standen die kleinen, nebensächlichen, zufälligen Entscheidungen, die wir alle jeden Tag x-mal treffen. So brachten wir den Spaß am Wählen zurück und nahmen den Menschen die "Angst" vor der großen Wahl.

Hamburg, was bewegt dich?

2024/25 wollen wir noch viel näher an die Hamburger:innen herankommen – und zwar besonders an die, die wir bisher nicht erreichen konnten. Wie? Indem wir sie persönlicher ansprechen und in ihren Lebensrealitäten abholen. Mit relevanten Themen und Fragen, die zeigen, dass wir bereits verstehen – oder wenigstens wissen wollen –, was sie bewegt, aufregt, umtreibt, anspornt, mitnimmt, abnervt oder, trotz aller Krisen und Kriege, so richtig glücklich macht. Dafür haben wir bereits im Vorfeld mittels einer Befragung unter potenziellen Nicht-Wähler:innen geprüft, welches die wichtigsten Themen in den Bezirken sind.⁸

Dieses Mal wollen wir den Menschen mit unserer Kampagne zeigen, dass sie immer wieder wichtige Entscheidungen treffen, mit denen sie sich im Leben positionieren und **Haltung zeigen**. Fußball oder Hockey? Elphi oder Flora? Metal oder Musical?

Da geht es nicht nur um Sport oder Musik, es geht um viel mehr, etwas viel Größeres:

Denn indem du wählst, was dich bewegt, zeigst du, wer du bist.

Das macht jede Entscheidung, die wir treffen – ob persönlich oder politisch –, zu einem Akt der Selbstverwirklichung und zum Beweis der eigenen Selbstwirksamkeit. Bedürfnisse, die nicht nur alle Hamburger:innen, sondern alle Menschen teilen.

Und darum lautet unser neues Motto:

WÄHL, WAS DICH BEWEGT.

⁸ Sep. 2023, splendid, n = 200 pot. Nichtwähler:innen in Harburg, Mitte und Wandsbek. Qualitative Interviews mit Bewohner:innen dieser Stadtteile.

Kreation

Komplexe Aufgabe, flexible Lösung: die Kampagnenmechanik.

Auch unter dem neuen Motto **“Wähl, was dich bewegt”** setzen wir weiterhin auf unsere etablierte und eingängige **Entweder-oder-Mechanik**. Doch diesmal ergänzen wir unsere Headline um eine Subline in Form eines **Dreiklangs**.

Dieser Dreizeiler stellt immer die **Verbindung vom persönlichen Leben zur politischen Wahl** her.

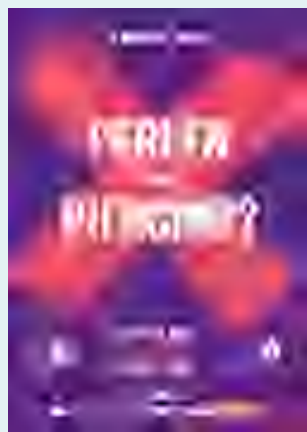
Doch während die erste Zeile (DEIN LEBEN) und die dritte Zeile (DEINE WAHL) immer fix sind, kann die mittlere Zeile je nach Wahl, Motiv, Thema und Zielgruppe geändert werden. Das ermöglicht uns, den Menschen ganz klar zu zeigen, worauf die “Entweder-oder-Wahl” aus der Headline konkreten Einfluss hat: z. B. auf **ihren Style, ihren Bezirk, ihre Stadt oder sogar ganz Europa**.

Bei einem “persönlichen” Motiv mit der Headline “PERLEN oder PIERCING?” lautet unser Dreiklang daher “DEIN LEBEN. DEIN STYLE. DEINE WAHL”.

Während bei einem Europa-spezifischen Motiv mit der Frage “STERNE oder SCHNUPPE?” unter unserer Headline “DEIN LEBEN. DEIN EUROPA. DEINE WAHL” steht.

Diese Mechanik dient unserer Kampagne als kommunikative Klammer und zeigt den Menschen ganz klar und einfach, **wo ihre Wahl – persönlich oder politisch – etwas bewegt**.

Bsp.: Persönliches Wahlmotiv



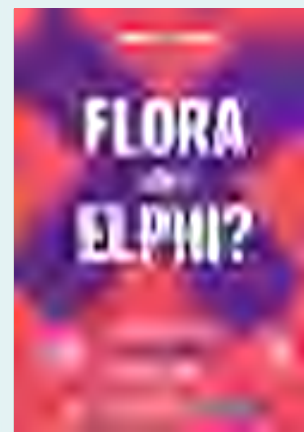
Bsp.: Bezirksversammlungs-wahlmotiv



Bsp.: Europawahlmotiv



Bsp.: Bürgerschaftswahlmotiv



Über einen **QR-Code oder die URL** auf unseren Motiven erreicht man unsere **Landingpage**, auf der man alles über die unterschiedlichen Wahlen, ihren Ablauf und die Möglichkeit der Briefwahl erfahren kann.



Kreation

Alles bleibt besser: der weiterentwickelte Kampagnen-Look

Grundsätzlich behalten wir all das bei, was unsere Kampagne so einzigartig und aufmerksamkeitsstark gemacht hat: die **knalligen Farben**, die **klaren Fragen** und die **starke Plakativität**. Der große Unterschied: statt zweier Piktogramme, die ein Kreuz ergeben, steht diesmal immer **ein klar erkennbares Kreuz** im Mittelpunkt unseres Layouts.

So erhalten wir die bekannte Gesamtkomposition, aber gestalten die Motive insgesamt trotzdem noch plakativer und weniger komplex. Das Ergebnis: Unsere Kommunikation wird **schneller erfassbar, besser verständlich** und bleibt weiterhin **wiedererkenn- und unverwechselbar**.

Wähl dich warm

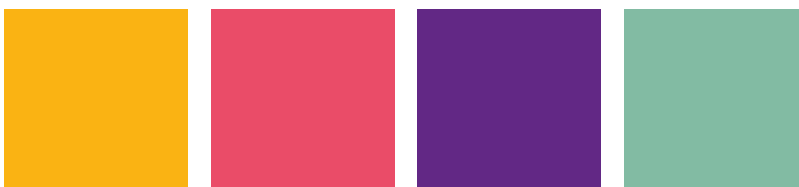


Wähl, was dich bewegt



Die visuellen Modernisierungen im Überblick:

1. Zwei statt drei Farben.
2. Plakative, wiedererkennbare, handgemalte Kreuze statt komplexer Illustrationen.
3. Eine statt zwei Schriften.
4. Klarer, flächiger, moderner Hintergrund statt haptischer Papierstruktur
5. Gleiches Farbschema, nur das Türkis entfernen wir etwas von der aktuellen, neuen CDU CI-Farbe, um überparteilich zu bleiben:



Kampagnen-Ebenen im Überblick

Unsere Kampagne „**Wähl, was dich bewegt**“ nutzen wir sowohl für die **Bezirksversammlungs- und Europawahl**, als auch für die **Bürgerschaftswahl**. Dabei gehen wir natürlich jeweils auf die Besonderheiten der einzelnen Wahlen ein. Zu beiden Wahlzeitpunkten arbeiten wir mit **zwei Ebenen**. Anfangs nutzen wir Motive von Ebene 1, die einen Fokus auf **persönliche** Entscheidungen legen. Je näher wir der Wahl kommen, desto mehr nutzen wir Motive aus Ebene 2, die einen stärkeren **politischen** Fokus haben. Um die Kampagne durchgehend einladend und attraktiv für alle Zielgruppen zu halten, achten wir auch im späteren Verlauf der Kampagne auf eine **gute Mischung** aus beiden Ebenen. **Generell gilt: Der Werbedruck und die inhaltliche Gewichtung liegen besonders stark auf unseren ausgewählten Bezirken.**

Schematischer Aufbau der Kampagne nach Ebenen:

Ebene 1 „persönlich“



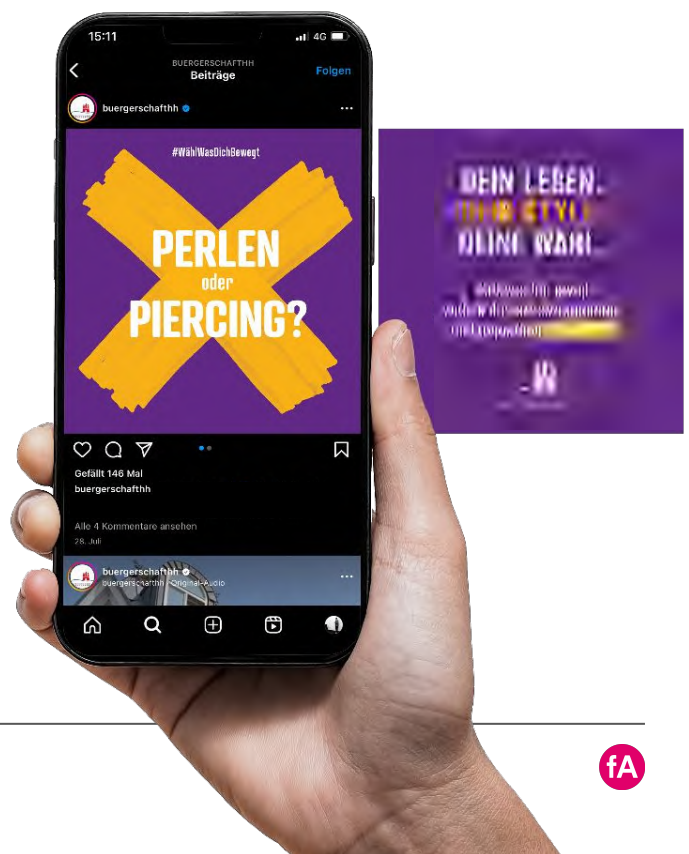
Ebene 2 „politischer“



Motivauswahl

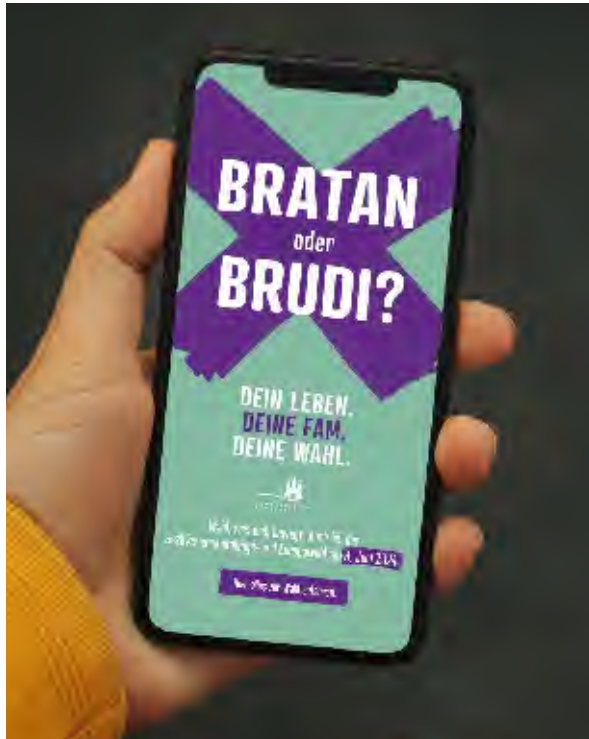
Ebene 1 ist bei beiden Wahlterminen gleich aufgebaut: Mit niedrighschwelligem Entscheidungen aus der **Lebenswelt** der Bürger:innen machen wir Lust auf das Thema „Wählen“.

Die Entscheidungen sind dabei immer so gewählt, dass sie etwas über die eigene **Grundeinstellung** aussagen, nicht nur über eine momentane Vorliebe.



Motivauswahl

Gen Z und **Erstwähler:innen** sprechen wir mit eigenen Motiv an. Um sie sanft an das Thema "Wählen" heranzuführen, setzen wir hier auf unterhaltsame und lebensnahe Motive.



Motivauswahl

In **Ebene 2** werden die Gegensatz-Paare und Entscheidungen politischer, ohne dabei parteiisch zu werden.

Im Rahmen der **Bezirksversammlungs- und Europawahl** schaffen wir Motive, die sich mit Themen aus den jeweiligen Bezirken und ihren Stadtteilen befassen.

Billstedt

"Center" bezieht sich auf das Billstedt-Center, in das man zum Shoppen geht. Oder eben in die City. Mit "Palast" ist der Kulturpalast gemeint, das Kulturzentrum in Billstedt.



Bramfeld

Durch die schlechte Anbindung an die Innenstadt ist Mobilität ein großes Thema in Bramfeld – und die beeinflusst natürlich auch das Arbeitsleben.



Mit diesen **regionalen Insights** können wir **für jeden Bezirk/ Stadtteil individuelle Motive** gestalten.

Harburg

"Phoenix" ist das Phoenix-Center in Harburg. Die "Fischhalle" in Harburg ist das Kulturzentrum im Harburger Hafen.



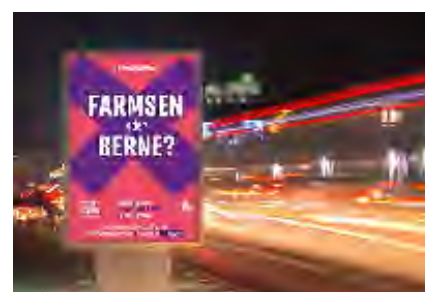
Wandsbek

Hier nehmen wir Bezug auf die Wandsbeker Gartenstadt und auf typische Alternativen bei der Freizeitgestaltung.



Farmsen-Berne

Die Eishockeymannschaft "Crocodiles" ist in Farmsen beheimatet, der SC Condor in Berne.



Ergänzt werden diese Motive um allgemeinere Motive zur Bezirksversammlungs Wahl. Bezirksversammlungs- und Europawahl werden zeitgleich beworben, mit einem Fokus auf die Bezirksversammlungs Wahl, weil hier der direkte politische Einfluss größer scheint und damit die Wahl für unsere Bürger:innen relevanter ist. Wir individualisieren die Motive in der Subline immer auf den Bezirk in dem sie geschaltet werden.



Besonders die **Nichtwähler:innen** in den jeweiligen Bezirken sprechen wir mit speziell für sie entwickelten Botschaften an. Diese können dann gezielt als **Pre-Roll Video Ads auf Netflix** und als **animierte Motive auf digitalen CLPs** geschaltet werden.



NETFLIX



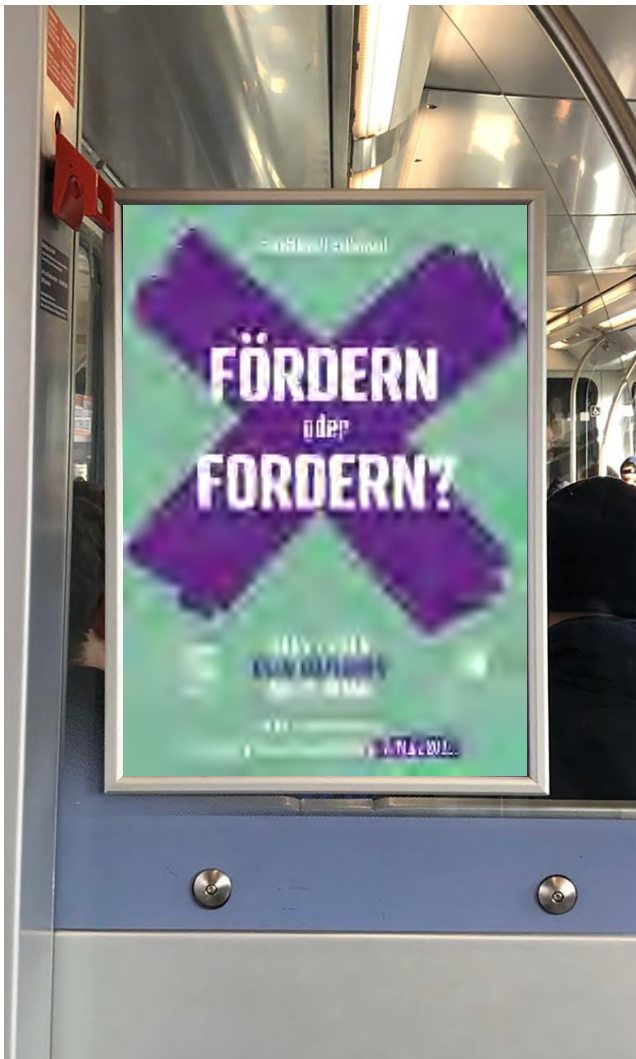
Trotz des stärkeren Fokus auf die Bezirksversammlungswahl, entwickeln wir auch spezielle Motive für die Europawahl.



Bei der Bürgerschaftswahl sprechen wir wieder breitere Themen an, die für ganz Hamburg relevant sind – jedoch diesmal mit einem **höheren Werbedruck in den Fokusbezirken**.



Auch zur Bürgerschaftswahl sprechen wir Nichtwähler:innen mit einem eigenen Motiv gezielt an:



Kampagnen-Ebenen im Überblick

Aus dieser Motiv Vielfalt ergibt sich folgende Verteilung **exemplarisch für den Bezirk Harburg** für die **beiden Wahlzeitpunkte**.

Exemplarischer Umfang und Verteilung in einem Bezirk:

Bezirksversammlungs- und Europawahl (Juni 2024) und Bürgerschaftswahl (März 2025)

Ebene 1 „persönlich“



Ebene 2 politischer

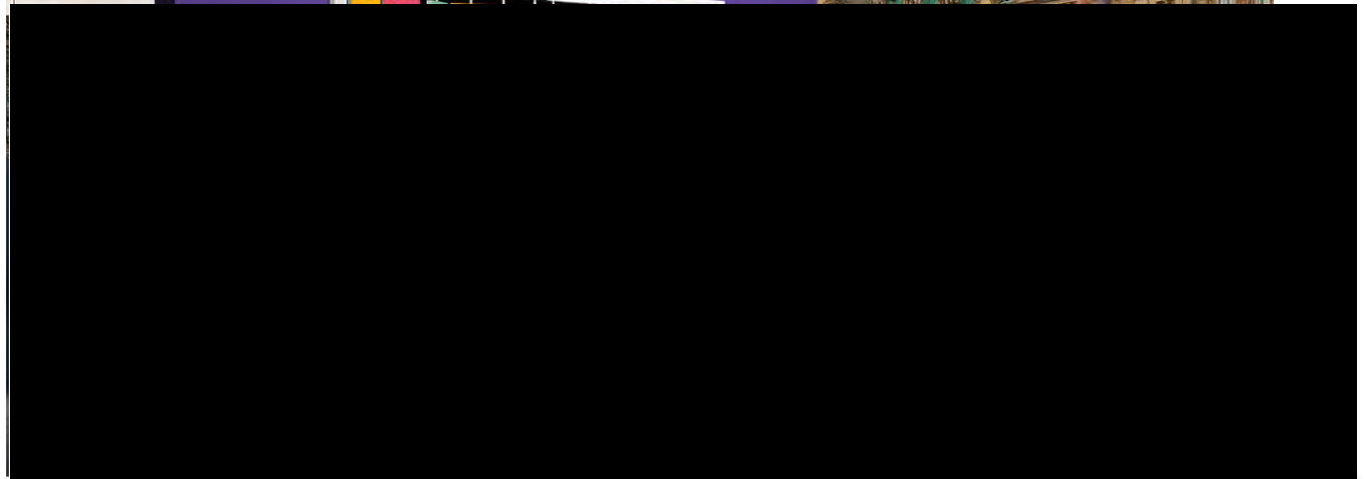


Aktivierung - Installation / PR-Bild

In der Aktivierung erwecken wir unser Motto zum Leben: **Wähl, was dich bewegt – bewege, was du wählst.**

Zentrales Element und PR-Bild stellt unsere auffällige interaktive Installation auf dem Rathausplatz dar. Aus einzelnen Stellwänden zusammengesetzt, schaffen wir eine lange Wand, an der **viele kleine Wahlen durch Bewegung** getroffen werden. Dafür muss nur eine farbige Kachel von den Wähler:innen auf die Seite gedreht werden, der sie mehr zustimmen.

Diese große Installation kann sowohl für die Bezirksversammlungs- und Europawahl, als auch für die Bürgerschaftswahl genutzt werden.



Aktivierungen zur Bezirksversammlungs- und Europawahl

Mit kleineren Aktivierungen in den Bezirken sorgen wir für weitere Pressebilder und überraschen die Wähler:innen mit ungewöhnlichen Aktionen in ihrem Alltag. Dabei legen wir auch hier den Schwerpunkt auf die Bezirke mit niedriger Wahlbeteiligung. Für den Sommer passend, haben wir 2 Formate angedacht:

Waffel oder Becher?

Zusammen mit Livotto gestalten wir einen **Eiswagen** in unserem Look, der durch Hamburger Bezirke tourt und mit seinen ungewöhnlichen Sorten die Kampagne auf die Zunge der Menschen bringt.

Metal oder Musical?

(Zitrone oder Himbeere?)

Perlen oder Piercing?

(Stracciatella oder Erdbeere?)

Alder oder Digga?

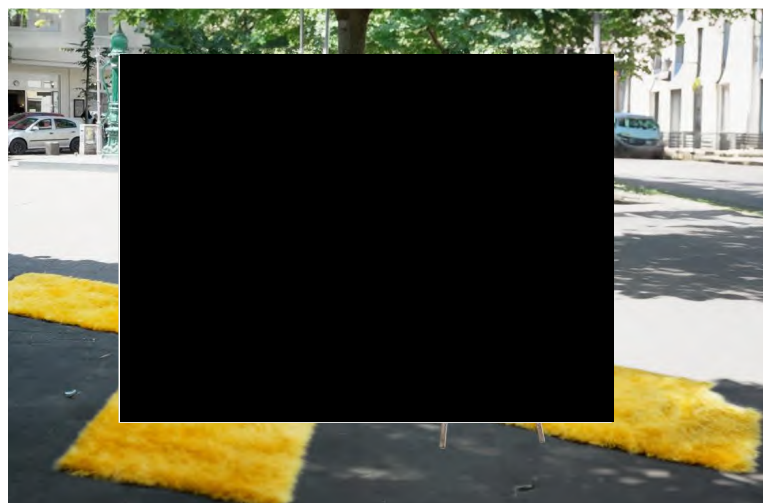
(Pistazie oder Vanille?)

Die beliebtesten Sorten stellen wir auf unseren digitalen Kanälen natürlich vor. Auch Bezirksliebliche werden präsentiert.



Let's Talk Wahl

Wir schaffen ein **Influencer-Content-Format** für Social Media. Auf zwei Stühlen auf einem x-förmigen Teppich unterhalten sich zwei **Micro-Influencer:innen** (aus den Bereichen Streaming, Fitness, Inklusion, DIY) in **unterschiedlichen Bezirken** Hamburgs darüber, warum sie sich bei einer Fragestellung für eine Seite entschieden haben, z. B. Musical oder Metal. Anschließend können wir das Setting nutzen, um auch Passanten zu ihrer Entscheidung zu befragen. Die entstehenden Videos nutzen wir auf Social Media.



MOJO Store Kooperation

Wir lassen vom angesagten Hamburger Kollaborationslabel Mojo-Store ein paar It-Pieces für den Sommer entwerfen. Und nutzen diese in der Aktivierung.



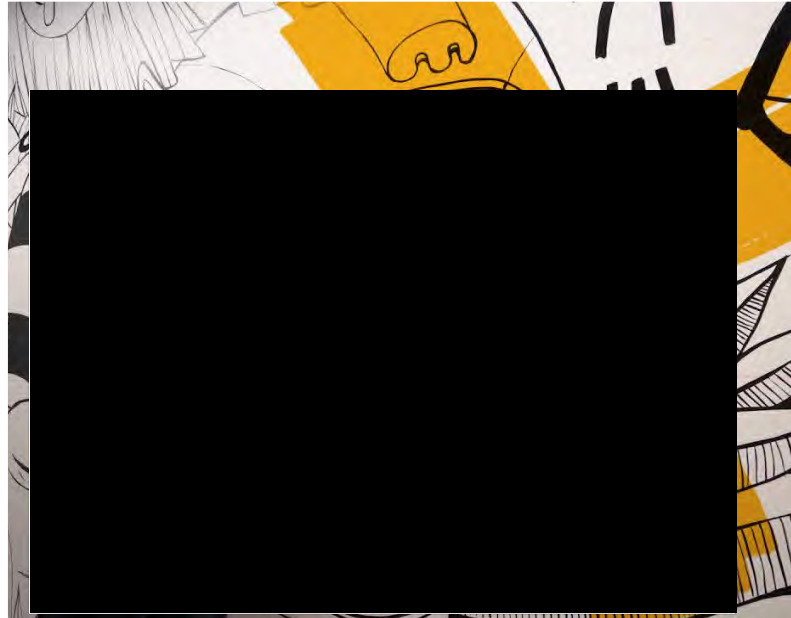
Aktivierungen zur Bürgerschaftswahl

Um die Hamburger:innen zur Bürgerschaftswahl zu aktivieren, erneuern wir unsere Interventionen in den Bezirken und setzen auf neue spannende Formate.

Wahl Walls

Zusammen mit der Millerntor Gallery, stellen wir auf unserer Landingpage verschiedene Hamburger Künstler:innen zur Wahl, die dann in unseren drei Fokusbezirken jeweils ein **Mural** gestalten. Die Künstler:innen stammen dabei aus verschiedenen Bezirken der Stadt. Die Entstehung und Finalisierung der Murals wird über Social Media und PR verlängert.

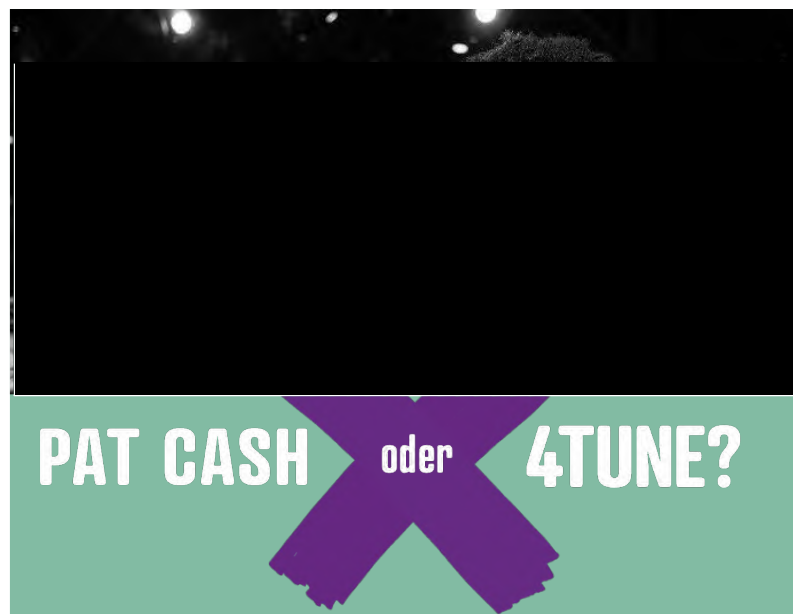
Künstler:innen wären z. B.:



Rap Battle

In den ausgewählten Bezirken ist Rap Musik und Rap Battle Events inklusive **Live-Übertragung** angesagt. Wir gehen direkt auf die Menschen dort zu, wenn wir ihnen für das nächste Rap Battle eine Wahl geben: **Wer soll antreten im Musikclub oder in der Kneipe?** Auf unserer Landingpage stellen wir verschiedene Rapper:innen zur Wahl.

Videos der **Performances** können wir später auf Social Media als Story und Feed-Content nutzen. Außerdem nutzen wir die besten Sequenzen für Ads.



Pakete für Multiplikatoren

Bei „Wähl, was dich bewegt“ wollen wir neben Unternehmen vor allem **lokale Multiplikatoren** in den Bezirken nutzen, um die Kampagne für die Wähler:innen in ihrem täglichen Leben erfahrbar zu machen. Dazu geben wir **Sportvereinen, Kneipen, Kiosken, Friseuren, Beauty- und Nagelstudios** Tools an die Hand, um die Kampagne bei ihnen zu spielen. Diese Toolkits könnten **beispielsweise** die folgenden **Maßnahmen** enthalten:

Kneipen/Kioske:

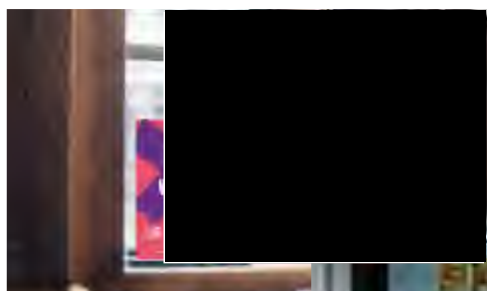
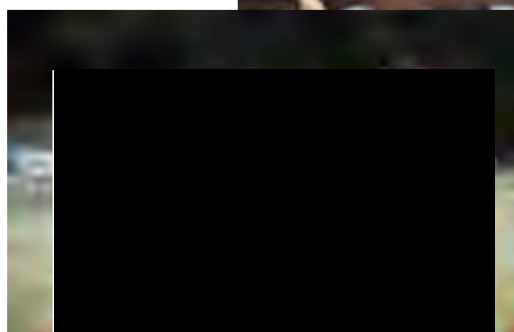
- Bierdeckel
- Bier Sleeves to go
- Bierflaschen mit zwei verschiedenen Etiketten
- Leuchtschild z. B. "Flasche oder Glas"
- Trinkgeld-Gläser
- Stickerset
- Dosen-Sleeves

Sportvereine:

- Mannschaftsleibchen
- Seitenwahl Münze
- Tornetze
- Frisbees
- Poster mit unseren Motiven
- Umkleideschilder
- Handtücher
- Mützen, Taschen oder Sportbeutel
- Sportsocken

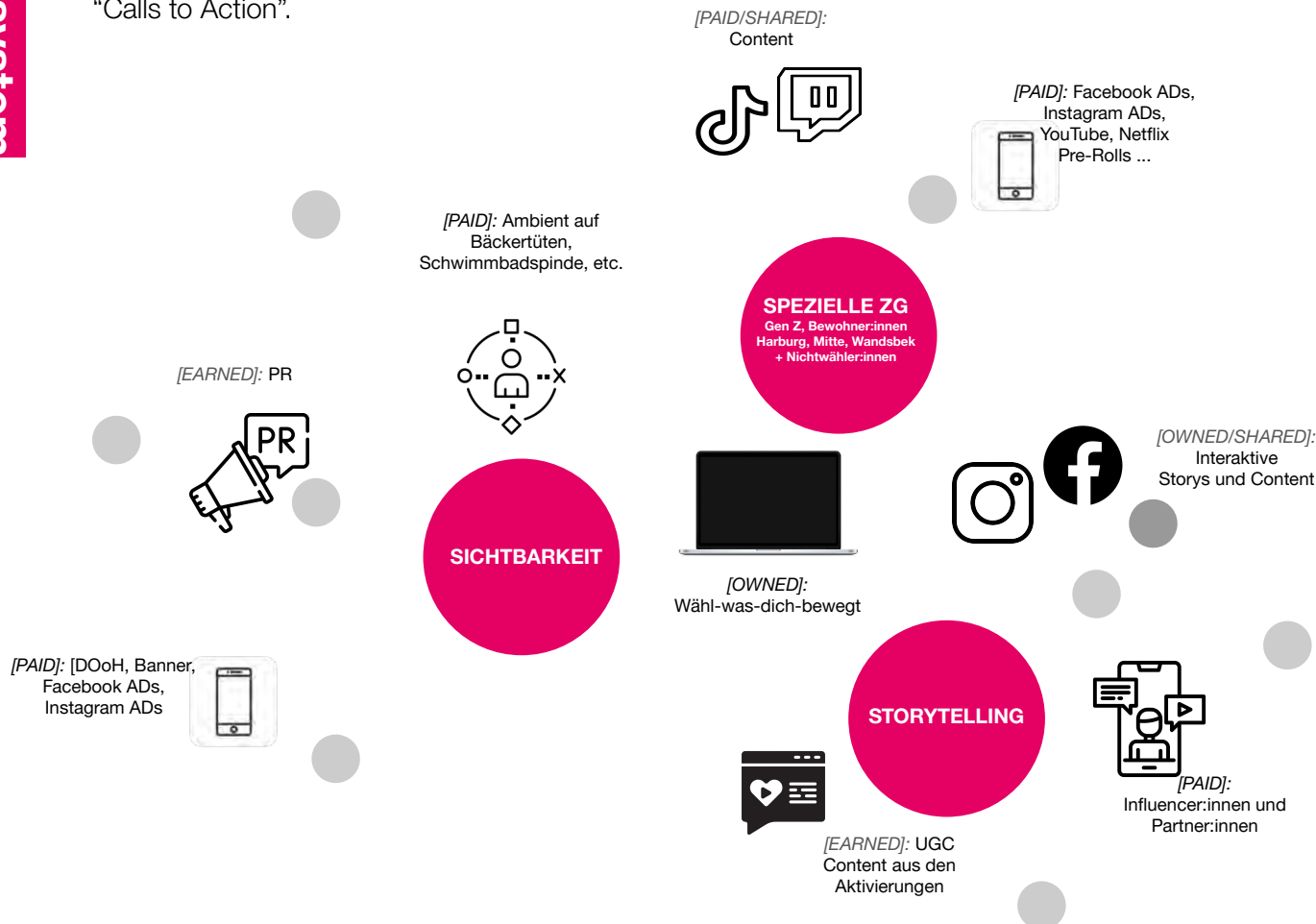
Friseure/Beauty- & Nagelstudios:

- Plakate
- Spiegelbedruckung
- Umhang
- u. v. m.



Kanalsystem und Rollen

Im **Zentrum** aller Kommunikation liegt unser **Content Hub**. Unter waehl-was-dich-bewegt.de werden neben Informationen auch die Aktivierungen präsentiert. Die eingesetzten Kanäle im Ökosystem haben **klare Rollen** und sind eng mit dem Content Hub **verbunden** durch Links und "Calls to Action".



Wichtig: Spezielle Zielgruppen (Gen Z, Bewohner:innen von Harburg, Mitte und Wandsbek) sowie potentielle Nichtwähler:innen werden speziell getargetet. Das erfolgt ausschließlich auf digitalen Kanälen.

Targetbare Gruppe	Gen Z (16–24)	Potenzielle Nichtwähler:innen	Fokusbezirke
Kanäle	TikTok, CTV	IG, FB, CTV	IG, FB, CTV
Bsp. Targeting (meta)	<p>Alter: 18–24</p> <p>Geografie: Hamburg</p> <p>Interessen: Gaming, Musik, Reisen, Sport, Mode, Health & Beauty</p>	<p>Alter: 18–65+</p> <p>Geografie: Hamburg</p> <p>Bildung: Hauptschulabschluss, Realschulabschluss,</p> <p>Interessen: Unterhaltung, Public Health (Gesundheit & Medizin), Lifestyle, Family, Gratisartikel und Gewinnspiele</p>	<p>Alter: 18–65+</p> <p>Geografie: Wandsbek/ Harburg/Mitte auf PLZ</p> <p>Interessen: Musik, Reisen, Sport, Mode, Hamburg, Hamburger SV, FC St. Pauli</p>

Gewinnung von Partnern:

Wie 2020 setzen wir auf starke Partnerschaften, um die Kampagnenkraft zu verstärken. Das tun wir bei allen Wahlen.

So werden wir für alle Wahlen für die Erweiterung der Reichweite Mediapartnerschaften eingehen:

Mediapartner:

Ströer, HWV, Ambient-Anbieter. WallDecaux kann die Sonderkonditionen der letzten Wahl nicht mehr in gleicher Form anbieten und würde voraussichtlich nur eine kleine Rolle spielen.

Der Strategie folgend, intensivieren wir in die Verbindungen in die Bezirke. Um alle Zielgruppen zu erreichen, fokussieren wir uns auf den Bereich Soziales, Körperpflege sowie Sport und Kultur.

Partner aus den Bezirken:

Intensiver Kontakt besteht bereits zu Hanseatic Help, dem Bramfelder SV, der Hamburger Turnerschaft, dem SC Finkenwerder und der Millerntor Gallery. Diese Partner werden ergänzt um weitere, die angesprochen werden. Folgende Einbindungsoptionen sind möglich:

- I. Nutzung der **Communities** für die Verbreitung von **Kampagnenbotschaften und -material** (u. a. Hanseatic Help mit den Hanseatic Help Stores in Harburg und Mundsburg)
- II. Bereitstellung spezieller **Tool-Kits** (u. a. für Sportvereine, Friseur:innen, Nagelstudios ...)
- III. **Kooperation bei der Aktivierung** (u. a. mit den Künstler:innen der Millerntor Gallery oder Musikclubs).

Auch die großen Hamburger Unternehmen können einen Teil beitragen, die Hamburger zur Urne zu bringen.

Unternehmenspartner

Sie bekommen von uns passende Motive für ihre internen Kanäle. Kontakt besteht bereits zu: Jungheinrich, HHLA, Darboven, Tchibo, Kühne, Lufthansa Technik, ECE, Eppendorf SE, Asklepios, Otto Group, Unilever, Hapag Lloyd, u. v. m.

Alle Partnerschaften werden von unserem Partnerschaftsteam angesprochen. Dabei wird neben persönlichen Netzwerken auch auf schriftliche Anfragen gesetzt (mit telefonischem Nachfass).

Vorstand



fischerAppelt AG

Waterloohain 5
22769 Hamburg
+49 40 899 699-0
info@fischerappelt.de

fischerAppelt

L2:

Maßnahmen-, Zeit-, Budget- und Betreuungsplan

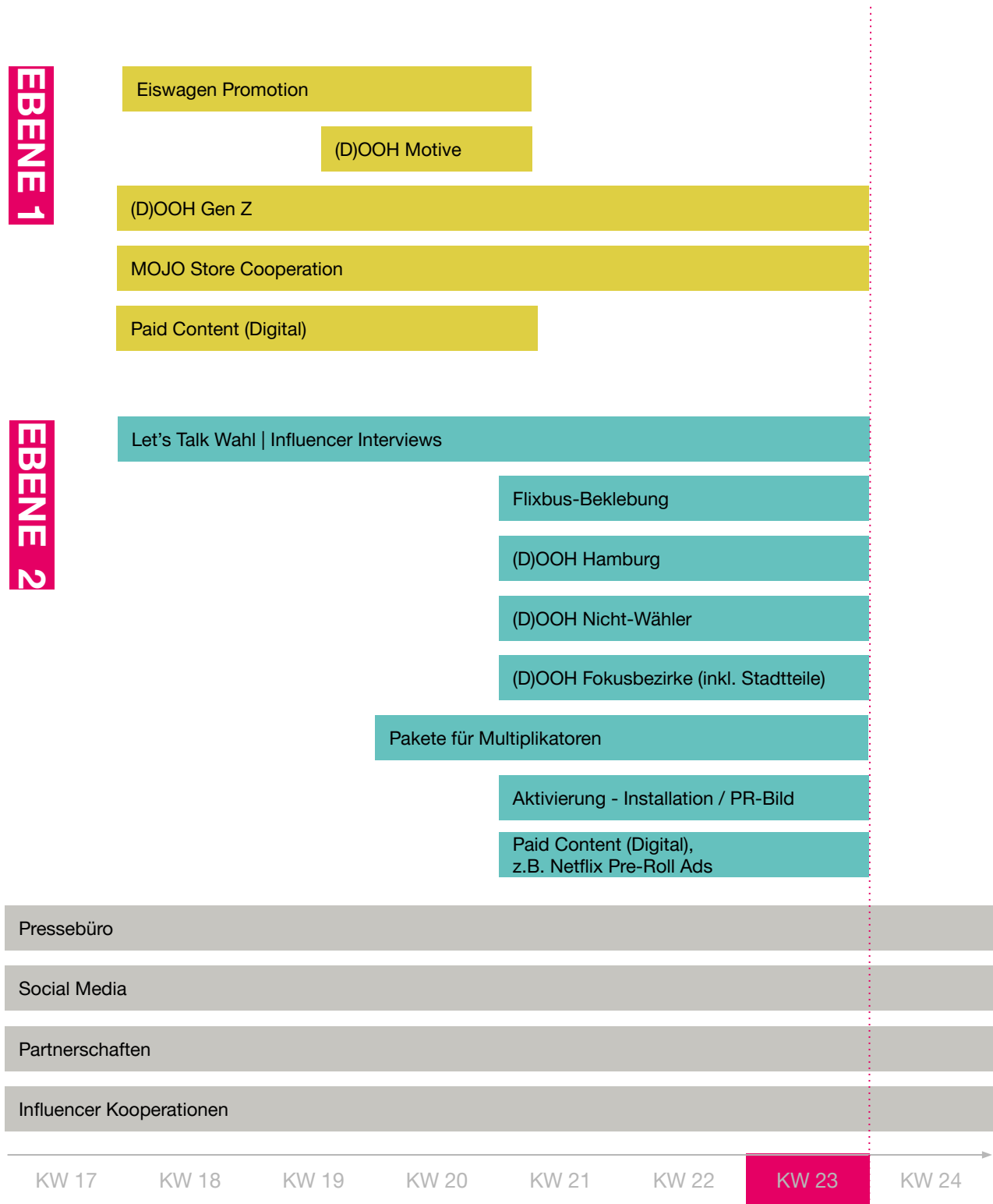
“Motivationskampagne zur Wahlbeteiligung”

Vergabenummer: FB 2023000457



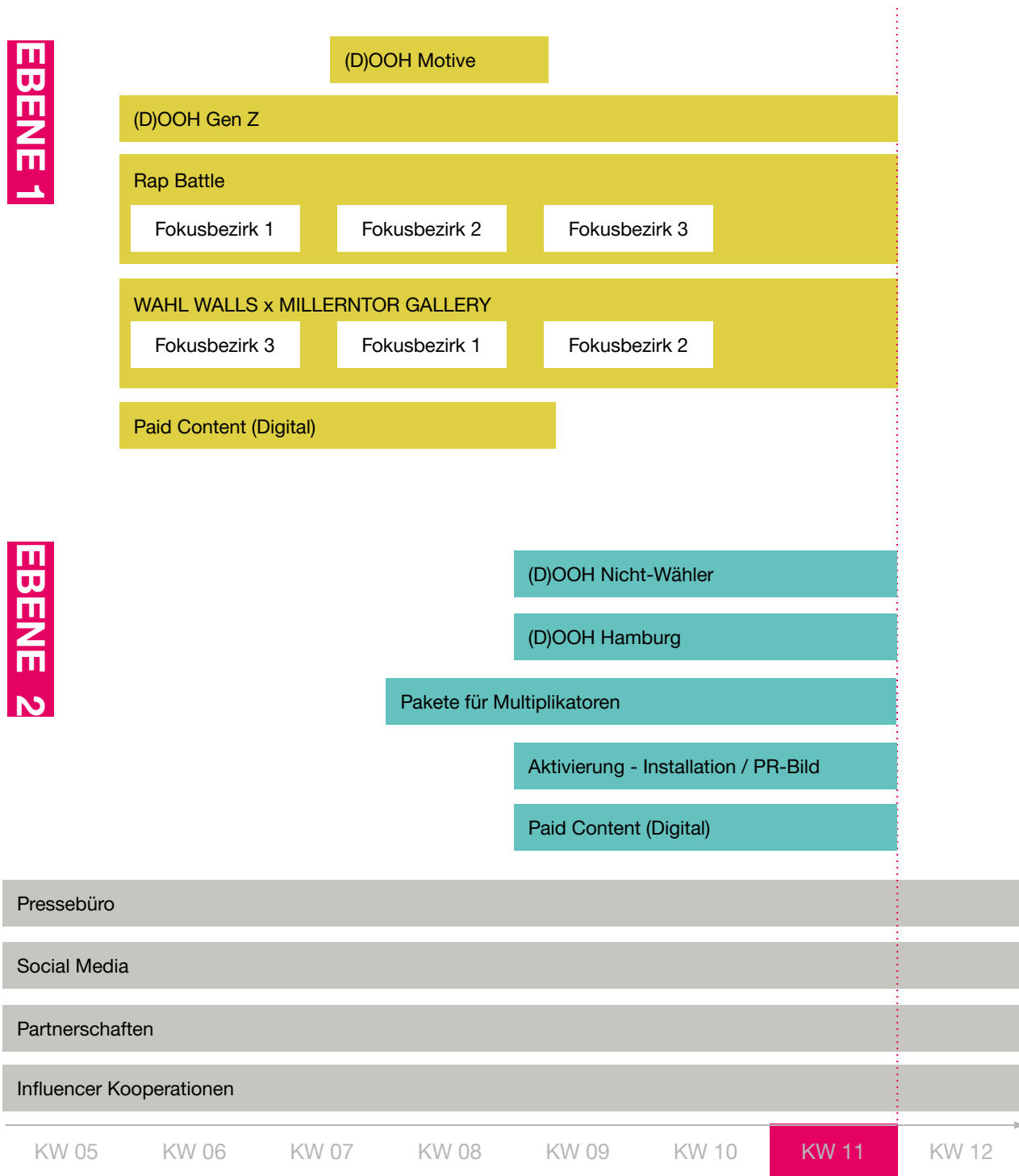
2.2 Zeit/Maßnahmenplan – Kanalnutzung 2024

Bezirksversammlungs- und Europawahl



2.2 Zeit/Maßnahmenplan – Kanalnutzung 2024

Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft



2.1 und 2.3 Arbeitsaufwendungen / Finanz-, Sach- und Medialeistungen:

Agenturleistungen:



Fremdleistungen:



1.296.602,00 EUR

Vorstand



fischerAppelt AG

Waterloohain 5
22769 Hamburg
+49 40 899 699-0
info@fischerappelt.de

fischerAppelt

L3: Preisblatt

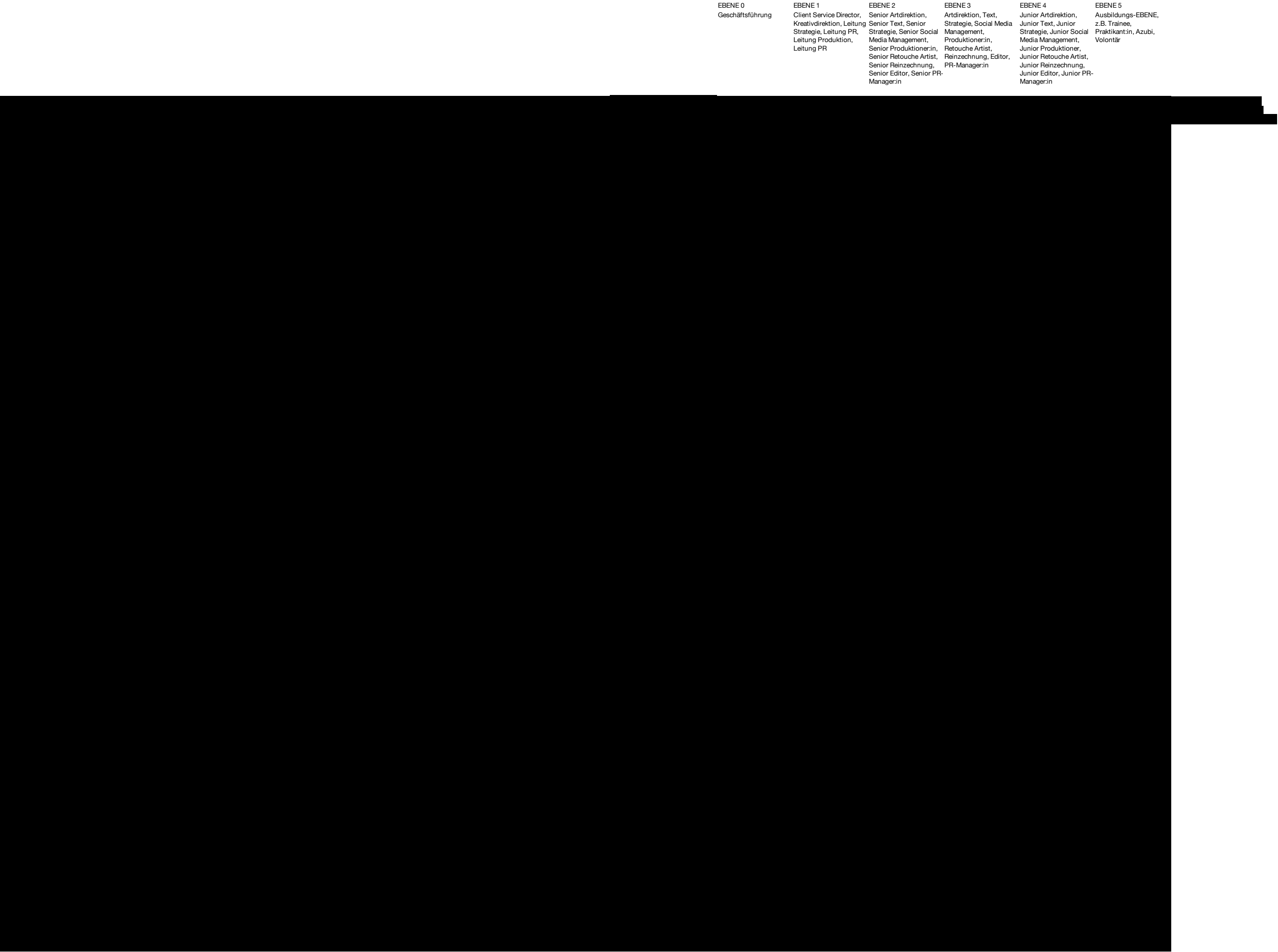
Motivationskampagne zur Wahlbeteiligung
Bezirksversammlungswahl & Wahl Europäisches Parlament 2024, Wahl der Hamburgischen Bürgerschaft 2025

Bieter: fischerAppelt AG

Ebene	Tagessätze Mitarbeiter*innen	Preis in EUR (netto)		Stundensatz inkl. Nachlass (netto)
0	Personentag Geschäftsführung			
1	Personentag Director (Creative, PR, Strategie)			
2	Personentag Senior (Beratung, Art, Text, Strategie)			
3	Personentag Midlevel (Beratung, Art, Text, Strategie)			
4	Personentag Junior (Beratung, Art, Text, Strategie)			
5	Personentag Ausbildung, Trainee, Praktikant			€

Wertungspreis:	
----------------	--

Hamburg, 29.09.2023, Gez. _____
Ort, Datum, Vor- und Nachname



EBENE 0
Geschäftsführung

EBENE 1
Client Service Director, S
Kreativdirektion, Leitung S
Strategie, Leitung PR, S
Leitung Produktion, M
Leitung PR S

EBENE 2

- Senior Artdirektion,
- Senior Text, Senior
- Strategie, Senior Social
- Media Management,
- Senior Produktion:er:in,
- Senior Retouche Artist,
- Senior Reinzeichnung,
- Senior Editor, Senior PR-
Manager:in

EBENE 3
Artdirektion, Text,
Strategie, Social Media
Management,
Produktioner:in,
Retouche Artist,
Reinzeichnung, Editor,
PR-Manager:in

EBENE 4
Junior Artdirektion,
Junior Text, Junior
Strategie, Junior Social
Media Management,
Junior Produktionen,
Junior Retouche Artist,
Junior Reinzeichnung,
Junior Editor, Junior PR-
Manager:in

EBENE 5
Ausbildungs-EBENE,
z.B. Trainee,
Praktikant:in, Azubi,
Volontär

[illegible]

Verfahren: FB 2023000457 - Motivations- und Informationskampagne der Hamburgischen Bürgerschaft 2024/5
Auftraggeber: Finanzbehörde Hamburg

Angaben zu den Eignungskriterien

1 Allgemeine Angaben

Gewichtung: 0,00%

1.1 Firmenname und Firmenadresse [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie hier den vollständigen Firmennamen und die Firmenadresse an.

fischerAppelt AG Waterloohain 5 22769 Hamburg

1.2 Kontaktdaten Ansprechpartner des Unternehmens [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie hier den Namen, die Telefonnummer, Faxnummer und die E-Mail-Adresse des für diesen Auftrag zuständigen Ansprechpartners (Projektleiter) an.
Darüber hinaus ist das Kernteam mit den jeweiligen Aufgabenschwerpunkten für diese Kampagne zu benennen.

1.3 Geschäftsführer [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie hier die Namen aller Geschäftsführer des Unternehmens an (inkl. prozentuale Anteile Stimmrecht).

4 Mitglieder im Vorstand der fischerAppelt AG:

1.4 Hinweis zu den Bescheinigungen

K.O.-Kriterium: Nein

Die Finanzbehörde behält sich vor, nach Abgabe des Teilnahmeantrages von den aussichtsreichen Bewerbern auf gesonderte Anforderung die entsprechende Bescheinigung (Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft, Bestätigung des Versicherers) in aktueller Fassung (nicht älter als 1 Jahr) abzufordern. Sollten Sie eine dieser Bescheinigungen nicht vorlegen können, geben Sie hier bitte den Grund an:

1.5 Unterauftragnehmer [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Werden Leistungen oder Teilleistungen an Unterauftragnehmer vergeben? Wichtiger Hinweis: Diese Frage bitte ausschließlich mit JA oder NEIN beantworten.

☐ Keine Auswahl getroffen (0)
☐ Ja (0)
☒ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

1.6 Wenn ja:

K.O.-Kriterium: Nein

Wenn ja, geben Sie bitte Name und Anschrift des Unterauftragnehmers / Nachunternehmers (falls bereits bekannt) sowie den Teil der Leistung, der auf diesen übertragen werden soll, an.

2 Eignungsbezogene Unterlagen

Gewichtung: 0,00%

2.1 Hinweis

K.O.-Kriterium: Nein

Für weitere Informationen wird auf Ziffer 11 des Verfahrensbriefes 1 verwiesen.

2.2 E 1 - Eigenerklärung zur Eignung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie den Eignungsvordruck vollständig ausgefüllt und unterzeichnet beigefügt?
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.3 E 2 - Eigenerklärung Insolvenzverfahren [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bestätigen Sie hiermit, dass über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren nicht eröffnet, die Eröffnung nicht beantragt, der Antrag nicht mangels Masse abgelehnt worden ist und dass Sie sich nicht in Liquidation befinden?
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.4 E 3 - Eigenerklärung Steuern und Abgaben [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bestätigen Sie hiermit, dass Sie Ihren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllen?
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.5 E 4 - Eigenerklärung Bietergemeinschaft [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Wollen Sie als Bietergemeinschaft an der Ausschreibung teilnehmen? Falls Ja, haben Sie die Eigenerklärung Bietergemeinschaft unterzeichnet beigefügt?
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Ja (0)
☒ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.6 E 5 - Eigenerklärung zum Konkurrenzschutz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bestätigen Sie hiermit, dass Ihre Agentur bzw. Bietergemeinschaft für keine Partei oder politisch motivierte Institution beratend tätig oder ausführend mit Kommunikationsmaßnahmen betraut worden ist oder solche Aufgaben annimmt, die im Zusammenhang mit den Wahlen 2024/25 in Hamburg stehen (ausgeschlossen hiervon sind Aufgaben der Produktion oder Distribution).
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.7 E 6 - Umsätze der letzten drei Geschäftsjahren

K.O.-Kriterium: Nein

Die Angaben sind im Eignungsvordruck vorzunehmen. Mindestanforderung: Es ist ein Umsatz von min. 2 Mio. Euro in den letzten drei Geschäftsjahren nachzuweisen.

2.8 E 7 - Referenzen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie drei aussagekräftige Referenzbeispiele (Referenzcases) für crossmediale Kampagnen aus den letzten fünf Jahren sowie zwei weitere Cases zu in den letzten vier Jahren erbrachten Leistungen aus dem gesellschaftspolitischen Themenbereich eingereicht?

Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.9 E 8 - Kernteam [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die Darstellung des im Falle der Zuschlagserteilung vorgesehenen Kernteams gem. Verfahrensbrief beigefügt?
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

2.10 E 9 - Eigenerklärung RUS Sanktionen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Haben Sie die Eigenerklärung zum 5. RUS-Sanktionspaket eingereicht?
Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

3 sonstiges

Gewichtung: 0,00%

3.1 Integritätserklärung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Mit Abgabe eines Teilnahmeantrages verpflichten Sie sich zur Beachtung nachfolgender Grundsätze. Die nachfolgend beschriebenen Verpflichtungen werden Sie entsprechend an alle Ihre mit dem Verfahren befassten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und Nachunternehmer weitergegeben.

"1. Wir werden dem Auftraggeber weder im Verfahren noch bei einer eventuellen Durchführung seinen mit der Vergabe oder Durchführung des Auftrags befassten Mitarbeiter/Innen oder einem Dritten irgendwelche Leistungen materieller oder immaterieller Art, die den öffentlichen Auftraggeber oder seine Mitarbeiter besser stellt und auf die kein rechtlich begründeter Anspruch besteht, anbieten, versprechen oder gewähren.

2. Wir werden im Verfahren mit anderen Anbietern keine unzulässigen Absprachen unter Verstoß gegen die einschlägigen Bestimmungen der Verdingungsordnungen, des UWG, des GWB, des Gesetzes zur Bekämpfung von Korruption sowie des StGB treffen. Hierzu zählen insbesondere Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten oder ähnliches.

3. Wir werden im Vergabeverfahren jeden uns bekannt werdenden oder drohenden Interessenkonflikt für das vorliegende Verfahren unverzüglich nach Bekanntwerden dem Auftraggeber anzeigen."

Wichtig: Diese Frage ist ausschließlich mit JA oder NEIN zu beantworten.

- ☐ Keine Angabe (0)
☒ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Angaben zu den Leistungskriterien

Hamburg, 21. Juli 2023

Motivations- und Informationskampagne der Hamburgischen Bürgerschaft 2024/25

Teilnahmeantrag der fischerAppelt AG

Vergabenummer: FB 2023000457

fischerAppelt



E 1

Eignungsvordruck

Eignungsvordruck

Eigenerklärungen über die Eignung und Auftragsausführung gemäß § 7 HmbVgG sowie § 35 UVgO oder § 48 VgV

Dieser Vordruck ist Teil der Vergabeunterlagen zum

Vergabeverfahren: Motivations- und Informationskampagne der Hamburgischen Bürgerschaft
2024/5

Vergabe-Nr.: FB 2023000457

Verfahrensart (§ 14 VgV): Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Ausfüllhinweise für den Teilnehmer

Dieser Vordruck enthält die erforderlichen **Eigenerklärungen** für den vorläufigen Nachweis über die Eignungsanforderungen (Nr. 1-2), das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Nr. 3) und die geforderten Ausführungsbedingungen (Nr. 4).

Der Teilnehmer (Bewerber oder Bieter) gibt die geforderten Eigenerklärungen mit Einreichung dieses Vordrucks bei der Vergabestelle ab und macht ggf. weitere Angaben durch Ankreuzen oder Eintragung (siehe jeweils die *Bearbeitungshinweise*). Er bestätigt die Vollständigkeit und Richtigkeit seiner Angaben durch seine Unterschrift oder Namensangabe am Ende des Vordrucks. Er muss den Vordruck mit dem Teilnahmeantrag (bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerb) oder mit dem Angebot (bei Verfahren ohne Teilnahmewettbewerb) bei der Vergabestelle einreichen.

Hinweis: Wird der Vordruck im Namen einer Bietergemeinschaft (siehe § 32 UVgO oder 43 VgV) abgegeben, erfolgen die Angaben zu den Nr. 1-2 und 4 für die Bietergemeinschaft als Gesamtheit und zu Nr. 3 für jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft, und es ist zusätzlich der Vordruck Bietergemeinschaft einzureichen.

Die Vergabestelle wird die Eigenerklärungen vor der Zuschlagserteilung ggf. durch entsprechende Registerabfragen verifizieren. Auch muss der Teilnehmer die geforderten **Angaben, Nachweise und Unterlagen** zur Bestätigung seiner Eigenerklärungen fristgerecht vorlegen (nach Wahl der Vergabestelle mit dem Teilnahmeantrag, dem Angebot oder auf gesondertes Verlangen; siehe dazu den Vordruck *Aufforderung Angebotsabgabe*). Auf gesonderte Anforderung muss ein Teilnehmer auch alle geforderten Angaben, Nachweise und Unterlagen für seine Nachunternehmer vorlegen.

Hinweis: Teilnehmer mit Sitz im Ausland legen jeweils vergleichbare Nachweise vor. Fremdsprachige Bescheinigungen oder Erklärungen werden nur in deutscher Übersetzung berücksichtigt.

Eignungsanforderungen (§§ 31 ff. UVgO oder §§ 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV)

• Angaben bei Präqualifizierung:

Nach § 122 Abs. 3 GWB kann ein Teilnehmer seine Eignung teilweise auch durch Teilnahme an einem Präqualifikationssystem nachweisen (<https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>).

Eine Präqualifizierung besteht

nein ☒

ja ☐ Ich/Wir nehme/n an folgendem Präqualifikationssystem teil:

Die PQ-Nummer und der dazugehörige Code lauten:

Die von der Präqualifizierung nicht erfassten Angaben, Nachweise und Unterlagen (insbesondere Nr. 4) bleiben weiterhin vorzulegen.

• Angaben für Registerabfragen:

Die Vergabestelle ist gem. [§ 6 WRegG](#) vor der Erteilung des Zuschlags verpflichtet oder berechtigt, eine Abfrage beim Wettbewerbsregister (WRegG v. 18.07.2017, BGBl. I S. 2739) durchzuführen.

Dazu werden folgende Angaben gemacht:

(Bearbeitungshinweis: Bietergemeinschaften müssen die Angaben für jedes Mitgliedsunternehmen einzeln machen.)

Name der Firma: fischerAppel

Sitz/Postanschrift: Waterloohain 5,

Rechtsform: AG

Registergericht oder Genehmigungsbehörde: Hamb

x ☐ Handelsregisternummer: (s. Nr. 1) oder Geschäftsnummer der Genehmigungsbehörde: Hamburg

X ☐ Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.) (falls vorhanden)

1. Fachkunde

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 33 UVgO; § 44 VgV) werden folgende Angaben gemacht:

- Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes (§ 44 VgV)

☒ Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister Hamburg HRB 77749

☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Zur Bestätigung werden **auf gesondertes Verlangen** folgende Unterlagen vorgelegt: Gewerbebeanmeldung, Handelsregistrauszug, Eintragung in Berufsregister/Handwerksrolle/Industrie- und Handelskammer.

- Ich/Wir werde/n schon jetzt die nachstehenden zusätzlichen Unterlagen über meine/unsere Berechtigung oder Mitgliedschaft zur Dienstleistungserbringung nach § 44 Abs. 2 VgV der Vergabestelle vorlegen:

Eigenerklärung über ein eventuelles Insolvenzverfahren (E2), Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (E3), Eigenerklärung Bietergemeinschaft - sofern zutreffend- (E4), Eigenerklärung zum Konkurrenzschutz (E5)

- Ich/Wir werde/n die nachstehenden zusätzlichen Unterlagen über meine/unserere Berechtigung oder Mitgliedschaft zur Dienstleistungserbringung nach § 44 Abs. 2 VgV **auf gesondertes Verlangen** der Vergabestelle vorlegen:

/

2. Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit (§ 33 UVgO; § 45 VgV) werden folgende Angaben gemacht:

- Ich/Wir erkläre/n, über die zur Leistungsausführung erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten zu verfügen und auf Verlangen geeignete Unterlagen als Nachweis vorzulegen.
- Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (E6):

(Bearbeitungshinweis: Bitte konkrete Jahreszahlen angeben! Mindestanforderung: 2 Mio. Euro in den letzten drei Geschäftsjahren)

.....

Die vorstehenden Zahlen werden auf Verlangen durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachgewiesen.

- Ich/Wir werde/n die nachstehenden sonstigen Unterlagen nach § 45 Abs. 4 VgV **auf gesondertes Verlangen** der Vergabestelle vorlegen:

/

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (§ 33 UVgO; § 46 VgV) werden folgende Angaben gemacht:

- Ich/Wir erkläre/n, über die erforderlichen personellen und technischen Mittel sowie ausreichend Erfahrung zu verfügen, um den Auftrag in der geforderten Qualität auszuführen.

Als Nachweis werden schon jetzt folgende Unterlagen vorgelegt:

Darstellung und Benennung des im Falle der Zuschlagserteilung vorgesehene Kernteam (E8)

Als Nachweis werden auf Verlangen der Vergabestelle geeignete Unterlagen vorgelegt.

- Referenzen über vergleichbare Leistungen (E7 – bitte die Angaben im Verfahrensbrief Nr. 1, Ziffer 11 beachten):

☒ Ich/Wir habe/n in den letzten vier bzw. fünf Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt.

Zur Bestätigung werden insgesamt 5 Referenznachweise (bei Teilnahmewettbewerb mit dem Teilnahmeantrag, ansonsten auf Verlangen) aus den letzten vier bzw. fünf Jahren vorgelegt, die mindestens die Art der Leistung, die Auftragssumme, den Zeitraum der Auftragsausführung und den Ansprechpartner angeben.

☐ Ich/Wir habe/n in den letzten drei Jahren keine vergleichbare Leistungen ausgeführt, bin/sind aber aus den folgenden Gründen dennoch geeignet, den Auftrag auszuführen:

- Ich/Wir werde/n die nachstehenden sonstigen Unterlagen nach § 46 Abs. 3 VgV der Vergabestelle vorlegen:

Eigenerklärung zum 5. RUS-Sanktionspaket (E9)

Nimmt ein Teilnehmer zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (sog. Eignungsleihe nach § 34 UVgO oder § 47 VgV), gilt Folgendes:

(Bearbeitungshinweis: Die Eignungsleihe ist strikt von der Inanspruchnahme von Unterauftragnehmern abzugrenzen. Die Eignungsleihe betrifft nur die Übernahme von Arbeitsmitteln und Know-How von Drittunternehmen, jedoch nicht die teilweise Leistungserbringung durch diese. Jedoch kann ein Unternehmen, das als Unterauftragnehmer eingesetzt wird, immer auch für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden.)

- Zulässigkeit der Eignungsleihe

☒ Die Eignungsleihe ist ohne Einschränkung nach § 34 UVgO oder § 47 VgV zulässig.

☐ Die Eignungsleihe ist beim vorliegenden EU-Vergabeverfahren für folgende kritische Aufgaben ausgeschlossen (§ 47 Abs. 5 VgV):

- Zusätzliche Angaben bei einer zulässigen Eignungsleihe (vom Teilnehmer anzukreuzen):

☒ Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit werden keine Kapazitäten anderer Unternehmen beansprucht.

☐ Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit werden Kapazitäten anderer Unternehmen beansprucht.

Folgende Eignungsleiher werde/n ich/wir für folgende Leistungsteile in Anspruch nehmen (einschließlich solcher Unterauftragnehmer, die ich/wir ebenfalls für die Eignungsleihe verwende/n):

Hinweis: Die fehlende oder unvollständige Benennung führt zwingend zum Ausschluss vom Wettbewerb.

Eignungsleiher Name/Firma, Anschrift, Geschäftsführung	eignungsrelevanter Leistungsteil nach Art und Umfang anzugeben

☐ Ich/Wir verfüge/n über die Mittel jedes Eignungsleihers (§ 34 Abs. 1 UVgO oder § 47 Abs. 1 VgV). Ein geeigneter Nachweis hierüber wird auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle unverzüglich vorgelegt.

Hinweis: Die geforderten Erklärungen, Nachweise und Unterlagen aus Nr. 2-3 des Vordrucks sollen auf gesondertes Verlangen unverzüglich für jeden Eignungsleiher vorgelegt werden (§ 34 Abs. 2 UVgO oder § 47 Abs. 2 VgV).

☐ Ich/Wir hafte/n gemeinsam mit dem Eignungsleiher für die Auftragsausführung (§ 34 Abs. 3 UVgO oder § 47 Abs. 3 VgV). Diese Haftungserklärung ist von entsprechenden Vollmachten jedes Eignungsleihers gedeckt, die der Vergabestelle auf gesondertes Verlangen unverzüglich vorgelegt werden.

3. Ausschlussgründe

Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen, insbesondere nach den §§ 123, 124 GWB, werden folgende Angaben gemacht:

(Hinweis: Teilnehmer oder Bieter muss Zutreffendes ankreuzen. Die §§ 123ff. GWB sind unter: http://www.gesetze-im-inter-net.de/gwb/_123.html abrufbar.)

a.) Ausschlussgründe nach dem GWB

- ☒ Für mein/unser Unternehmen liegt kein Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder § 124 GWB vor.
- ☐ Für mein/unser Unternehmen liegt ein Ausschlussgrund des § 123 GWB oder § 124 GWB vor, aber es wurden folgende Maßnahmen zur Selbstreinigung nach § 125 GWB ergriffen, die die Zuverlässigkeit des Unternehmens wieder herstellen: (Hinweis: Teilnehmer oder Bieter muss Ausschlussgrund und Selbstreinigungsmaßnahme benennen)

.....
Ich/Wir füge/n zum Nachweis entsprechende Unterlagen und Erläuterungen bei. Mir/Uns ist bekannt, dass fehlende Nachweise zum Ausschluss aus dem laufenden Vergabeverfahren führen können.

b.) Ausschlussgründe nach weiteren Gesetzen; Beachtung weiterer rechtlicher Vorgaben

- ☒ Es liegen keine der Ausschlussvoraussetzungen nach [§ 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung \(SchwarzArbG\)](#), [§ 21 Arbeitnehmerentsendegesetz \(AEntG\)](#), [§ 19 des Mindestlohngesetzes \(MiLoG\)](#), [§ 98c des Aufenthaltsgesetzes \(AufenthG\)](#) sowie [§ 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes \(LkSG\)](#) vor.
- ☒ Das Preisrecht (insbes. [VO PR 30/53 vom 21.11.1953](#) in gültiger Fassung) wurde beachtet.

4. Ausführungsbedingungen

Zu den Ausführungsbedingungen nach den §§ 3, 3a, 3b und 7 des Hamburgischen Vergabegesetzes (HmbVgG) werden folgende Angaben gemacht:

• Tariftreue und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG

Ich/Wir werde/n im Fall der Auftragserteilung das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte beachten (§ 3 Abs. 1 u. 2 HmbVgG).

Mein/Unser Unternehmen entlohnt seine **Beschäftigten**

Hinweis: Zutreffendes ist durch den Teilnehmer anzukreuzen.

- ☐ nach folgendem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, an den es nach Arbeitnehmerentsendegesetz gebunden ist:
- ☐ nach folgendem Tarifvertrag:
- ☒ (ohne Auszubildende) bei der Leistungsausführung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Mindestlohn nach § 1 Abs. 2 Mindestlohngesetz (MiLoG vom 11.08.2014, BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung, da es keinem Tarifvertrag unterliegt (§ 3 Abs. 2 HmbVgG).
- ☐ Mein/Unser Unternehmen beschäftigt keine Mitarbeiter, sodass sich die Frage nach einer Tarifbindung oder Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohnes nicht stellt.

Im Hinblick auf die Tariftreue und den Mindestlohn habe ich folgende gesetzlichen Anforderungen zur Kenntnis genommen und bestätige dies mit meiner Unterschrift am Ende der Erklärung:

1. Bei der Leistungsausführung durch Leiharbeiter bin/sind ich/wir verpflichtet dafür zu sorgen, dass der Verleiher seinen Beschäftigten bei der Leistungsausführung das gleiche Arbeitsentgelt gewährt wie vergleichbaren Arbeitnehmern meines/unseres Unternehmens (§ 3 Abs. 3 HmbVgG).
2. Ich/ Wir sind verpflichtet vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten bereithalten. Auf gesondertes Verlangen werden sie dem Auftraggeber vorgelegt und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sowie die geschlossenen Aufträge gewährt. Die Beschäftigten wurden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen (§ 10 HmbVgG).

3. Ich/Wir sind verpflichtet bei der Leistungsausführung nur **Unterauftragnehmer** einsetzen, die sich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) die vorgenannten Mindestentgelte nach Tarif oder Mindestlohngesetz zu zahlen und vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen bereitzuhalten. Ich/Wir werde/n die Einhaltung dieser Vorgaben kontrollieren (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

• Sozialverträgliche Beschaffung nach § 3a HmbVgG

Die Sozialverträgliche Beschaffung nach 3a HmbVgG umfasst folgende Warengruppen:

1. Bekleidung: Arbeitskleidung, Uniformen etc. (z.B. T-Shirts, Hemden, Hosen, Schuhe)
2. Stoffe und Textilwaren (z.B. Vorhangstoffe, Teppiche)
3. Naturkautschuk-Produkte (z.B. Einmal-/Arbeitshandschuhe, Reifen, Gummibänder)
4. Lederwaren, Gerbprodukte (z.B. Botentaschen)
5. Spielzeuge
6. Sportartikel (z.B. Bälle, Schläger, weiteres Zubehör)
7. Natursteine
8. Produkte mit Materialanteilen aus Nr.2-4, soweit überwiegend Materialien aus einer Warengruppe

☐ Die Leistungsausführung betrifft eine oder mehrere der vorgenannten Warengruppen.

☐ Ich/wir vereinbaren als vertragliche Nebenpflicht, die Leistung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich unter Beachtung *oder* nach meiner/unserer Zusicherung unter der bestmöglichen Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen (<https://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm>) gewonnen oder hergestellt worden sind (§ 3a Abs. 2 HmbVgG). Als Nachweis ist dieser Erklärung beigelegt (z.B. unabhängige Zertifizierung, Selbstverpflichtung, Verhaltenskodex o.ä.):

.....

☐ Soweit die Leistungsbeschreibung dies verlangt, wird die Lieferung fair gehandelte Produkte betreffen (§ 3a Abs. 4 HmbVgG). Als Nachweis ist dieser Erklärung beigelegt (z.B. Gütezeichen):

.....

• Umweltverträgliche Beschaffung nach § 3b HmbVgG

☐ Die Lieferleistung betrifft kein Holz als Rohstoff.

☐ Der Rohstoff Holz ist Bestandteil der Lieferleistung. Dazu erkläre/n ich/wir verbindlich:

☐ Ich werde nur Holz verwenden, das aus deutscher oder europäischer Forstwirtschaft stammt.

Den Nachweis werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.

☐ Ich werde nur Holz verwenden, das nach FSC („Forest Stewardship Council“) oder PEFC („Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“) zertifiziert ist.

Zur Information über die Standards siehe www.fsc-deutschland.de und www.pefc.de.

Das Zertifikat werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.

☐ Ich werde nur Holz verwenden, das gleichwertig zertifiziert ist, nämlich nach:

.....
Der Nachweis der Gleichwertigkeit wird durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn erbracht.

Das Zertifikat werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.

☐ Ich werde nur Holz verwenden, das die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt.

Der Nachweis der Erfüllung wird durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn erbracht.

Den Nachweis werde/n ich/wir bei der Anlieferung von Holz am Leistungsort vorlegen.

Hinweis: Etwaige weitere Nachweise zur Einhaltung der in den Vergabeunterlagen geforderten umweltbezogenen Anforderungen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

• Sonstige Anforderungen

Mit der Unterschrift unter dieses Formular erkläre/n ich/wir, das ich/wir zur Kenntnis genommen habe/n, dass ich/wir verpflichtet sind/bin:

1. die gesetzlichen Pflichten zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen (Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) ordnungsgemäß zu erfüllen (§ 128 Abs. 1 GWB).

Zur Bestätigung werden auf gesondertes Verlangen entsprechende Nachweise vorgelegt, z.B.

- eine aktuelle Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG,
 - eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft oder des Versicherungsträgers zum Nachweis der ordnungsgemäßen Beitragszahlung, die nicht älter als 12 Monate sein darf,
 - ggf. eine Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamts.
2. Leistungen nur auf Unterauftragnehmer zu übertragen, die sich zur Einhaltung der §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG verpflichtet haben, und deren Einhaltung zu kontrollieren (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG) sowie alle in Nr. 4 geforderten Nachweise vor Auftragserteilung (§ 7 Abs. 2 HmbVgG) sowie alle übrigen Nachweise auf gesondertes Verlangen vorzulegen.

Ich/Wir bestätige/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Eigenerklärungen.

Mir/Uns sind die **Sanktionsmöglichkeiten** des § 11 HmbVgG bei schuldhafter Nichterfüllung der Pflichten aus §§ 3, 3a, 5 und 10 HmbVgG bekannt (Vertragsstrafe, Kündigung und Rücktritt vom Vertrag).

Mir/Uns ist bekannt, dass eine **falsche, unvollständige oder unterlassene Erklärung** oder Angabe zum Ausschluss vom Wettbewerb führen kann.

Mir/Uns ist bekannt, dass alle in diesem Vordruck geforderten Nachweise, Angaben und Unterlagen **vollständig und fristgerecht** (nach Wahl der Vergabestelle mit dem Teilnahmeantrag, dem Angebot oder auf gesondertes Verlangen) vorzulegen sind. Andernfalls kann die Vergabestelle berechtigt sein, das Angebot vom Wettbewerb auszuschließen (§ 7 Abs. 1 HmbVgG i.V.m. § 41 UVgO oder § 56 VgV).

Hamburg, 14.07.2023

(Ort, Datum)

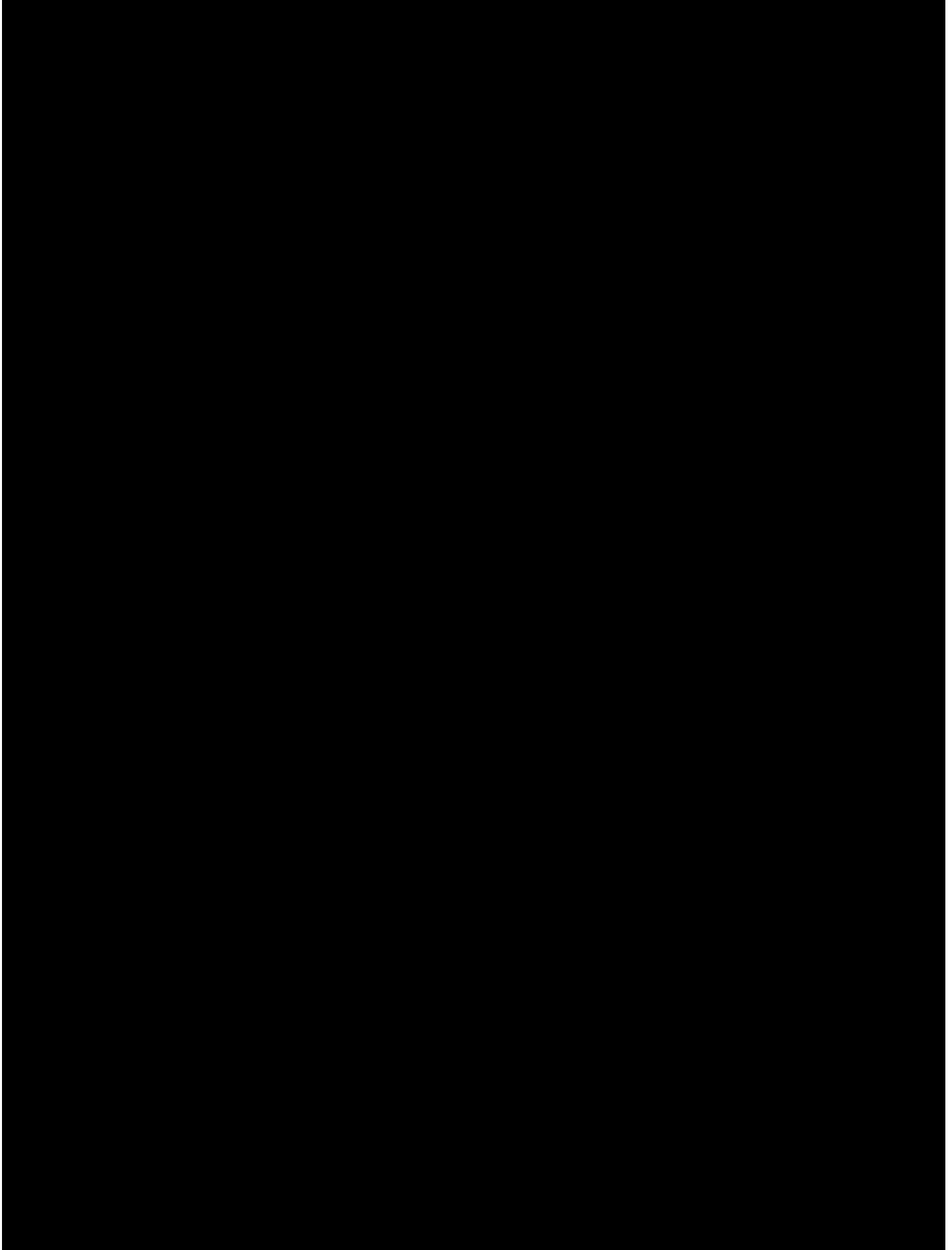
_____ inweis unten –

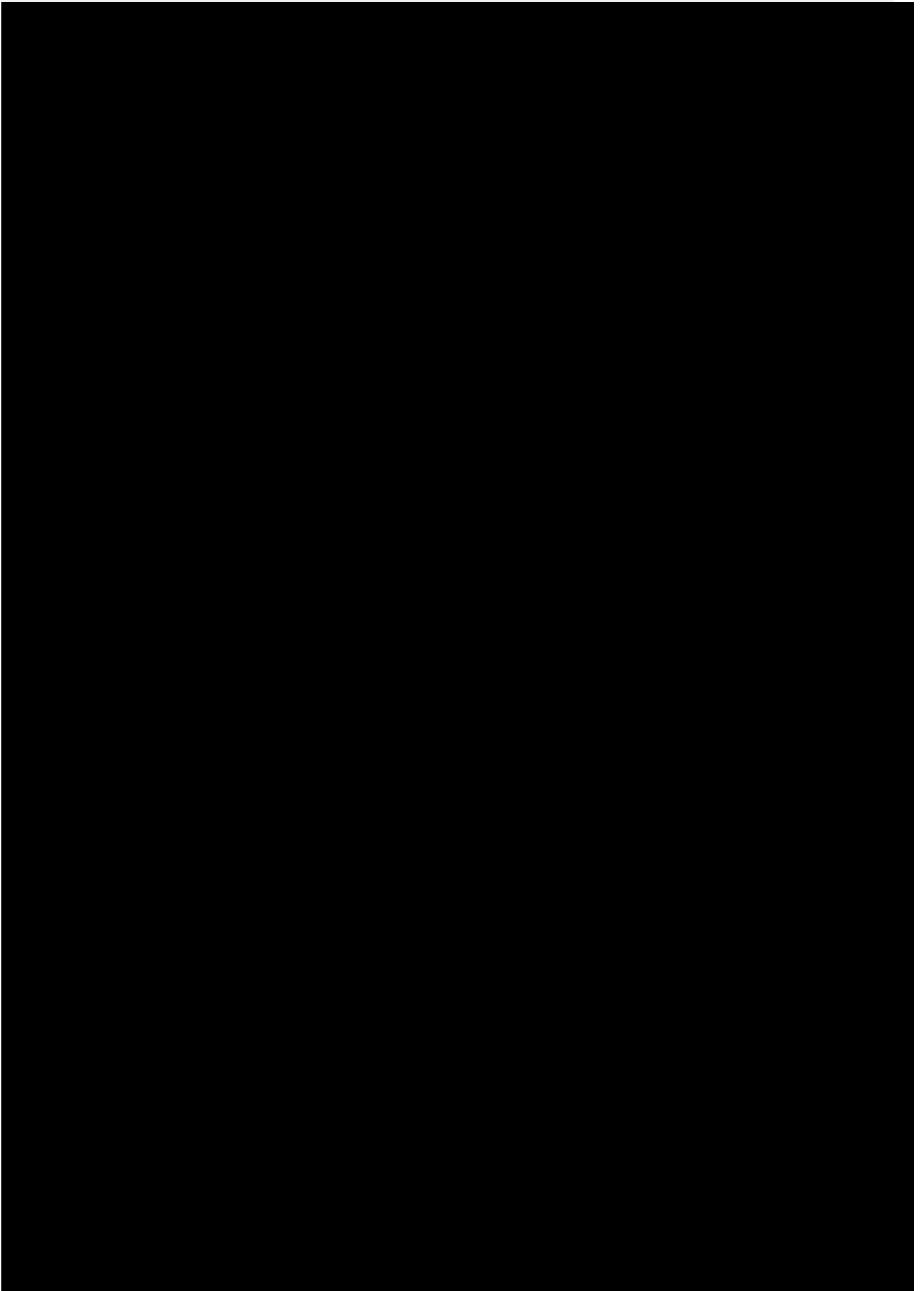
Hinweis: Wird diese Erklärung zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot elektronisch über das E-Vergabesystem oder per E-Mail abgegeben, genügt hier die Angabe des Namens der handelnden Person. In allen anderen Fällen (z.B. Abgabe in Papierform; elektronische Abgabe nicht zusammen mit dem Angebot) sind hier der Firmenstempel und eine rechtsverbindliche, eigenhändige Unterschrift des Teilnehmers erforderlich.

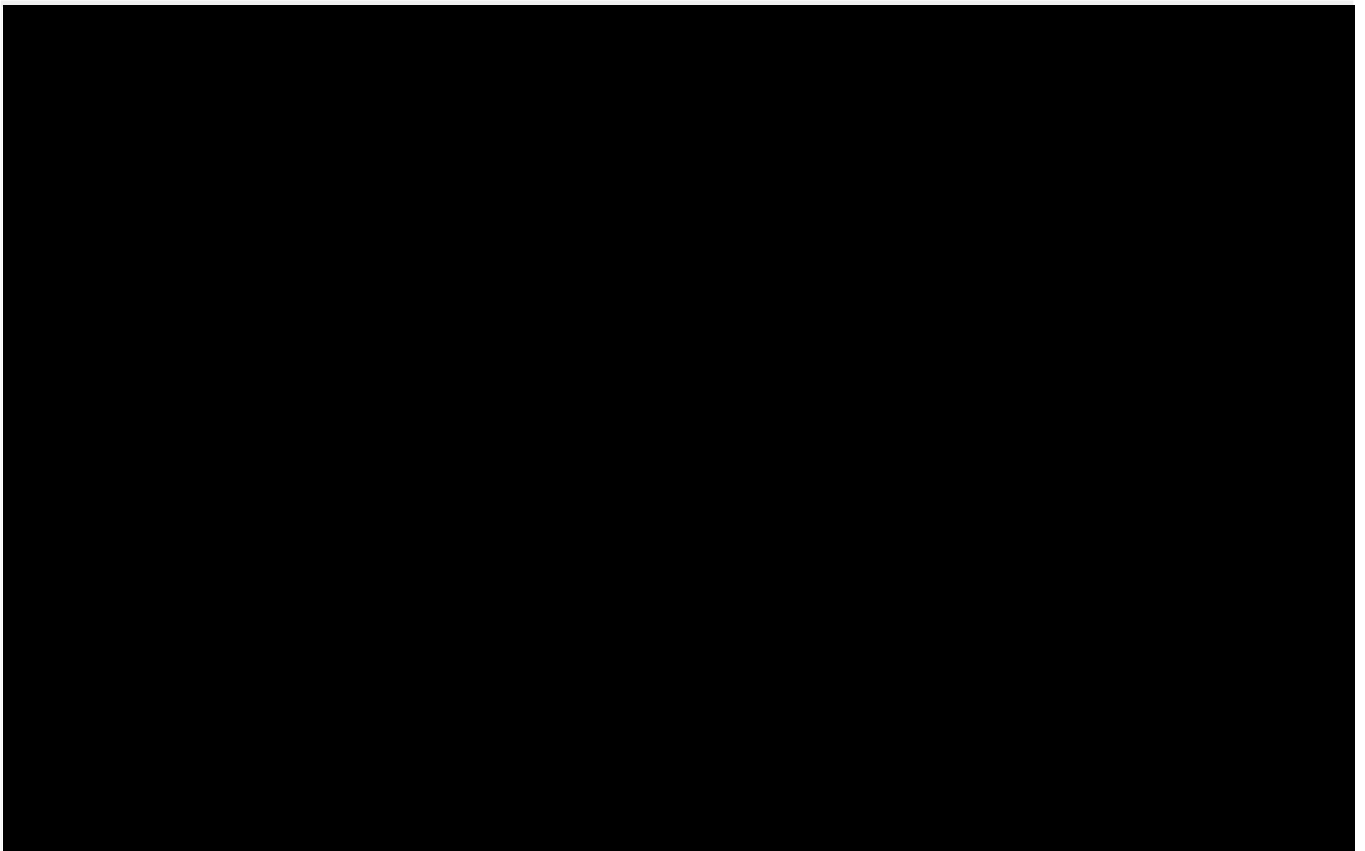
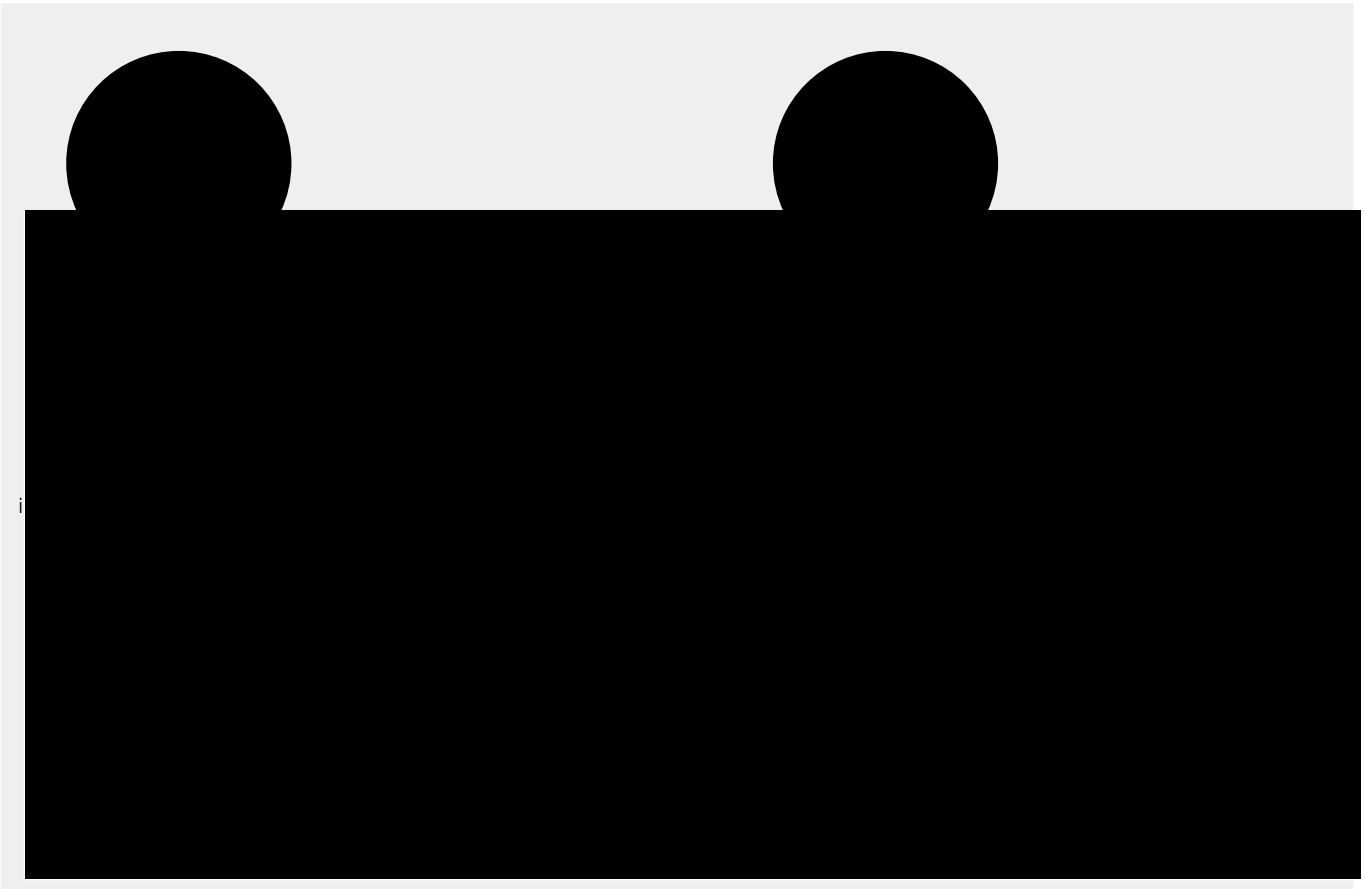
E 8

Vorstellung des Kerntteams

Kernteam für die Hamburger Bürgerschaft







E 9

Eigenerklärung zum 5. RUS-Sanktionspaket

Eigenerklärung¹
hinsichtlich des 5. EU-Sanktionspakets – RUS-Sanktionen und dem
dort enthaltenen Verbot der Auftragserteilung an russische Staatsangehörige /
Unternehmen / Lieferanten

Vergabeverfahren:

Vergabe-Nr.:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Ich gehöre / Mein/Unser Unternehmen gehört nicht zu den
in **Artikel 5 k)**² Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,
genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
 - b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
 - c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Ort / Datum)



Wird diese Erklärung nicht mit den Angebotsunterlagen bzw. auf Anforderung der Vergabestelle nicht innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist eingereicht, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

Hinweis: Wird diese Erklärung zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot elektronisch über das E-Vergabesystem abgegeben, genügt hier die Angabe des Namens der handelnden Person. In allen anderen Fällen (z.B. Abgabe in Papierform, elektronische Abgabe nicht zusammen mit dem Angebot) sind hier der Firmenstempel und eine rechtsverbindliche, eigenhändige Unterschrift des Teilnehmers erforderlich.

1 Diese Erklärung ist von allen Bewerbern/Bieter/allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften abzugeben.

2 Wortlaut des Artikels 5k der o.g. Verordnung (VO) siehe Rückseite)

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

- (1) *Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*
- a) *russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
 - b) *juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*
 - c) *natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.*
- (2) *Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*
- a) *den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*
 - b) *die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*
 - c) *die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*
 - d) *die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*
 - e) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*
 - f) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*
- (3) *Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*
- (4) *Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*